permanente revolution
FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !
Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)
NR. 13/14 - JÄNNER/FEBRUAR 1978 - PREIS: S 6.-/DM 1.-

RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
SZD 3409

Naher Osten:

Imperialistische Lösung kommt ins Stocken!

Mit großem Pomp und Getöse war Sadat im November des vergangenen Jahres nach Israel gefahren. Er erschien oberflächlich betrachtet als der strahlende Held, der dem 'Erzfeind' Israel großzügig die Hand zum Frieden reichte. Wie auch immer man zu diesem Schritt stand, so erschien er auf den ersten Blick aus einer Position der Stärke zu erfolgen.

Die Reaktionen der imperialistischen Welt könnten diesem ersten, oberflächlichen Bild recht geben. Da wurde der Henker der ägyptischen Arbeiter vom Jänner 1977 für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen und der Jubel vieler Zeitungen und Journale überschlug sich.

Doch dieser Jubel war kurz. Schon einige Wochen der 'historischen Gespräche und Verhandlungen' zeigten schonungslos deren Grenzen auf und demaskierten den strahlenden Helden Sadat. Hinter der Oberfläche war Sadat und mit ihm der Teil der arabischen Regimes, die heute offen zu 'Verhandlungen' bereit sind,niemals in einer Position der Stärke gegenüber Israel und dem US-Imperialismus gewesen. Genau das Gegenteil war und ist der Fall, wie die Entwicklung der Verhandlungen und Gespräche deutlich genug zeigt.

DIE VORAUSSETZUNGEN

"Ich bin zu Ihnen gekommen um zusammen mit Ihnen den dauerhaften und gerechten Frieden aufzubauen, damit kein Tropfen Blut auf beiden Seiten mehr vergossen wird...Ich sage Ihnen, daß Israel in sicheren Grenzen lebt, die sicher sind vor jeglicher Aggression. Das ist logisch und dazu sagen wir Ja. Israel erhält alle Arten von Garantien dafür und auch dazu sage ich Ja".

Diese Worte Sadats vor der israelischen Knesset, strahlten mehr eine gewisse Großzügigkeit aus, als daß sie tatsächlich auf begründeten Voraussetzungen ruhen sollten. Nach dem Krieg und den begrenzten militärischen Erfolgen 1973 wandte sich Ägypten von der Sowjetunion ab und begann sich mehr und mehr dem Imperialismus zuzuwenden. Dieser Prozeß muß als logische und letztlich unvermeidliche Konsequenz in der Entwicklung eines nationalen Regimes gesehen werden, welches einerseits zwar versuchte das Joch des Imperialismus abzuschütteln (Nasser), ohne jedoch andererseits den entscheidenden Schritt - der einzig und allein in der sozialistischen Revolution bestehen kann - zu setzen, die auch einzig und allein das Werk der Arbeiter und Bauern des Landes sein kann. Nach den Jahren der relativen Festigung der Nation - Aufbau eines Staatsapparates und einer Armee und Inangriffnahme bestimmter wirtschaftlicher Großprojekte - mit der Unterstützung der UdSSR, kam zwangsläufig der Appetit einer entstandenen Schmarotzer-Bourgeoisie zum Durchbruch, der natürlich durch den Auf- und Ausbau des Staatsapparates nicht gestillt werden kann. Das Ziel dieser Bourgeoisie ist eine völlige Öffnung für das imperialistische Kapital, um in dessen Windschatten - drastisch gesprochen - den eigenen Bauch zu füllen.

Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles ist jedoch eine imperialistische Befriedung der gesamten Region.Solange im Libanon die Stützpunkte der Palästinenser eine permanente Gefahrenquelle für diesen 'Frieden' darstellten, solange das Verhlätnis zwischen Israel und den wesentlichen arabischen Staaten in dieser Region (Ägypten und Syrien) ungeklärt war, war dem verstärkten Einströmen des europäischen und amerikanischen Kapitals bestimmte Grenzen gesetzt.

Bevor wir näher auf die konkreten Interessen und Ziele Israels und des US-Imperialismus

FORTSETZUNG AUF SEITE 3

Kein Rückzug vor den Angriffen der Kapitalisten

" Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß, wenn Investitionen gefördert werden, um die entsprechenden Produktivitätssteigerungen zu erbringen, es auch zu einer Freisetzung von Arbeitsplätzen kommen kann." (Kreisky in der 'Wirtschaftsdebatte')

Jahrelang tischten uns Kapitalisten und Sozialdemokratie das Märchen vom krisenfreien österreichischen Kapitalismus mit Hilfe großzügiger Subventionen und Steuerprivilegien für die Unternehmer auf. Kreiskys Wirtschaftsmanager, Staatssekretär Nussbaumer, jubelte noch in den letzten Tagen den Auslandskapitalisten diese und ähnliche "Vorteile Österreichs" vor: "Das System der vorzeitigen Abschreibungen gibt es in diesem Umfang auf unserem Kontinent nirgends wie in Österreich."

Heute spricht die SPÖ allerdings nicht mehr von "Vollbeschäftigung", manchmal noch von einem "hohen Beschäftigungsniveau" (Neujahrsaufruf der SPÖ), das anzustreben wäre und letztens von 100.000 Arbeitslosen in Österreich (Kreisky in der 'AZ', Benya in einem 'Presse'-Interview). Wurde die Wirtschaft etwa zu wenig "gestützt"? Man könnte es am Beispiel des vor kurzem für ein Jahrzehnt projektierten "großen Investitionsprogramms" der sozialdemokratischen Regierung glauben, würde der "große Meister" nicht im selben Atemzug verlautbaren, daß der Regierung Investitionen für die Industrie weiter "Rationalisierungsinvestitionen" sein werden, d.h. "abermals Arbeitsplätze frei werden." (Kreisky)

Kreisky dreht sich weiter im Kreis - könnte man glauben - würde man ihm sein altes Anliegen abnehmen, Arbeitsplätze erhalten zu wollen. In der 'AZ' versprach er dann den Arbeitern, die - wie er offensichtlich meint - von einem "Naturgesetz" der Arbeitslosigkeit betroffen sein werden, für

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

INHALT

DER 23. PARTEITAG DER KPÖ..... 8
EIN RASCHES ENDE DER LILI.....1o
ANTWORT AUF DIE OFFENEN BRIEFE VON GRM UND SOAK..............11
LOHNRAUB......................12
RUSSELL-KOMITEE UND KAMPF GEGEN DIE REPRESSION
POLITISCHE PROZESSE...........14
SOFORTIGE AUFHEBUNG DES AUFENTHALTSVERBOTS FÜR EROL SEVER.......................15
PORTUGAL......................16
INDOCHINA.....................17
DDR-MANIFEST..................19

Abonniert die 'permanente revolution'



Stammheim und die Folgen

Zur Entwicklung in Portugal...7

Bahros 'Alternative'...11

Bis zum 1. Juli führen wir wieder eine Werbekampagne für unsere Zeitung durch. Wer bis zu diesem Zeitpunkt die 'permanente revolution' abonniert, erhält die Broschüre 'Trotzki - Schriften zum imperialistischen Krieg' gratis.

In dieser ca. 2oo Seiten starken Broschüre sind Texte und Thesen Trotzkis von 1914-194o enthalten, die es zum Teil seit Jahrzehnten nicht mehr in deutscher Sprache gegeben hat!

LEO
TROTZKI
SCHRIFTEN
ZUM
IMPERIALISTISCHEN
KRIEG



Bestellungen: IKL, 1o1o Wien, Postfach 1454

An die Leser

Der lang angekündigte Peng Shu-tse ('Die chinesische Revolution') ist nun endlich erschienen - zumindest der 1. Teil. Leider mußten wir die Artikel als Sondernummer der 'permanenten revolution' herausgeben und nicht wie geplant als Broschüre (technischer Fehler).

Jene Abonnenten, die die 'permanente revolution' während der Werbekampagne abonnierten und dafür die Broschüre erhalten sollten (die Sondernummer waren ja ohnehin im Abonnement enthalten), erhalten nun die - sicher - im März erscheinende Broschüre: 'Trotzki - Schriften zum imperialistischen Krieg', die sich bereits in der technischen Fertigstellung befindet.

Mit dem 2. Teil von Peng Shu-tses 'Geschichte der chinesischen Revolution', die als Sondernummer 5 im Mai erscheint, wird die Herausgabe dieser Sondernummern eingestellt und ein gemeinsames Theoretisches Organ mit dem Spartacusbund herausgegeben. Siehe dazu auch die Einleitung der in Kürze erscheinenden Sondernummer 3 der 'permanenten revolution'.

Spendenaufruf

Wie wir schon in der letzten Ausgabe der 'permanenten revolution' berichtet haben, erwartet uns ein politischer Prozeß, nach dem Maulkorbparagraphen 282.

Wir führen - mit der Unterstützung unserer deutschen Genossen vom Spartacusbund - eine Spendenkampagne durch, um die laufenden Kosten (Anwalt) zu decken und um für eine etwaige Geldstrafe vorbereitet zu sein.

Wir ersuchen alle Leser der 'permanenten revolution', sich an dieser Spenden kampagne zu beteiligen. Die Genossen des Sparatcusbundes haben bereits über DM 4oo.- gesammelt und auch die 'Trotzkistische Liga Deutschlands' spendete Dm 4o.-.

Sollte der Prozeß doch nicht 'über die Bühne gehen', werden wir das Geld auf ein gemeinsames Anti-Repressionskonto mit dem Spartacusbund einzahlen. S2ooo.- wurden bereits für Anwaltskosten verwendet. Wir werden über den Verlauf der Kampagne, sowie über die Verwendung des Geldes berichten.

Einzahlungen bitte auf das Konto mit der Nummer: 71o6.o24 - Karl Reitter 1o3o Wien.

Vermerk: Paragraph 282

'PERMANENTE REVOLUTION' IST DAS ZENTRALORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA UND ERSCHEINT MONATLICH.

EINZELPREIS: S 3.-

ABONNEMENTS: 12 AUSGABEN S 4o.-

BESTELLUNGEN UND KONTAKTADRESSE: IKL, POSTFACH 1454, 1o1o WIEN.

IMPRESSUM: EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER, DRUCK UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: KARL REITTER, KLIMSCHGASSE 18/6 1030 WIEN.

Felix Morrow



Revolution & Konterrevolution in Spanien

ISBN 388187 · 020 · 2 — 260 Seiten DM 10,–

In diesem Buch, das erstmals in deutscher Übersetzung erscheint, liefert der Autor, Felix Morrow (bis Ende der 40er Jahre Mitglied der amerikanischen Socialist Workers Party) eine marxistische Analyse der Ereignisse vor und während des spanischen Bürgerkrieges.

Revolution und Konterrevolution in Spanien, ein marxistisches „Geschichtsbuch", geschrieben in der Zeit des Bürgerkrieges in Spanien, stellt anschaulich die Ursachen für das Scheitern der spanischen Revolution dar.
Der Kern des Buches liegt in einer umfassenden marxistischen Kritik der Volksfronttaktik in Spanien.



Bestellungen an:

IKL, POSTFACH 1454
1olo WIEN

FORTSETZUNG VON SEITE 1

eingehen, gilt es zu klären, warum gerade Ägypten diesen Schritt setzte.

Ägypten ist zum ersten das bedeutendste arabische Regime in dieser Region, was die industriellen und militärischen Ressourcen betrifft und zum zweiten ist in diesem Land der Prozeß der Loslösung von der UdSSR am stärksten, was ja schon vor Jahren durch die Entmachtung des pro-sowjetischen Flügels der ägyptischen Staatsbürokratie um Ali Sabri seinen Anfang nahm. Es ist jedoch wichtig festzuhalten, daß dieser Prozeß der 'Entnasserierung' keineswegs ein ägyptisches Phänomen ist, sondern die logische Konsequenz des Ausbleibens der proletarischen Revolution darstellt. Die Sowjetbürokratie hat in Ägypten nicht zum letzten Male erlebt, daß sie durch eine Staatsbürokratie aus dem Land geschmissen wird, die sie jahrelang sowohl gegen den Imperialismus, als auch gegen die unterdrückten Massen des betreffenden Landes gestützt hatte.

Nachdem die Welle der nationalen Begeisterung nach den militärischen Teilerfolgen des Yom Kippur-Krieges 1973 verflogen war, erschwerte sich die Situation für Ägypten. Hatte die permanente Aufrüstung jahrelang die Staatsfinanzen aufs extremste belastet, so war nun noch dazu der Faktor gegeben, daß die militärischen Einrichtungen und Güter wertlos geworden waren, weil die Ersatzteile und der Nachschub aus der Sowjetunion ausblieben. Massenarbeitslosigkeit und Massenelend ließen sich nicht allzu lange durch die Überwindung der nationalen Schmach (die Überquerung des Suez-Kanals) übertünchen, was die Arbeiterunruhen im Jänner 1977 bewiesen.

Die Wiedereröffnung des Suez-Kanals (die dem Land 1977 ca. 450-600 Millionen Dollar brachte) und der wieder einsetzende Fremdenverkehr (1977: 600 Millionen DM), waren nur die ersten Schritte. Siemens und AEG/Telefunken, Michelin, VW-Brasilien usw. begannen sich im Land zu etablieren und Frankreich übernahm die Wiederaufrüstung der Armee (es ist auch die Rede von einer arabischen Rüstungsproduktion unter französischer Leitung und mit Saudi-arabischem Geld).

"Eine wichtige ägyptische Devisenquelle könnte schließlich das Erdöl sein, das die Experten entlang der Küste des Roten Meeres vermuten. Schon 30 internationale Ölfirmen haben sich Explorations- und Verwertungsrechte bei Ägyptens Ölbehörde Egyptian General Petroleum Authority gesichert". ('spiegel', Nr.53, Seite 93)

Dies alles konnte jedoch nur unter der Voraussetzung eines imperialistischen Friedens vor sich gehen. Und imperialistischer Friede bedeutet in dieser Region nicht allein die Garantien der USA, sondern auch die Unterwerfung vor der imperialistischen Nation in dieser Region - Israel! Erst der 'Ausgleich' (im Klartext: der Kniefall) mit Israel konnte dem europäischen und amerikanischen Kapital Garantie genug sein, erst dieser Schritt würde der ägyptischen Bourgeoisie das verstärkte Einströmen von imperialistischem Kapital und damit die Befriedigung des eigenen Appetits garantieren. Hier geht es also keineswegs um einen anzustrebenden 'Reichtum der Nation', wie es demagogisch von den arabischen Regimes behauptet wird. Natürlich weiß auch die ägyptische Bourgeoisie, daß die Millionen Unterdrückten im eigenen Land eine ständige Bedrohung ihrer Existenz darstellen. Durch das verstärkte Einströmen von imperialistischem Kapital wäre aber nicht nur der starke Staat zu sichern, sondern auch die Entstehung, bzw. Stärkung der Mittelschichten (jene Schichten, die indirekt an der imperialistischen Durchdringung des Landes profitieren) garantiert, die ein 'natürliches' Bollwerk gegen Massenkämpfe abgeben sollen.

Erst unter diesen Voraussetzungen kann der 'mutige historische Schritt' Sadats ins rechte Licht gerückt werden!

DER ERSTE SCHRITT: ISRAELISCH/ÄGYPTISCHES SEPARATABKOMMEN

Wenn man die Dementis Sadats und seine Versicherungen 'für die gesamte arabische Sache' zu sprechen, nicht weiter ernst nimmt, zeigen alle Einzelheiten der Entwicklung klar auf ein solches Separatabkommen, was natürlich auch im Interesse des US-Imperialismus und Israels ist.

Jahrelang war die Existenz der Palästinenser und ihrer Organisationen der Punkt, an dem direkte Verhandlungen zwischen den arabischen Regimes und Israel in der Regel scheiterten, da die Zionisten jede palästinensische Organisation ablehnten und dagegen



nur mit 'Onkel Toms', d.h. mit angepaßten Palästinensern 'verhandeln' wollten. Die israelische Position zu dieser Frage hat sich natürlich mit der Regierungsübernahme des rechtszionistischen Likud-Blockes nicht nur nicht geändert, sondern sogar verschärft. Erst vor kurzem bezeichnete Begin die PLO als "Mörderbande" und verglich sie mit den Nazis. Eine Änderung der Beziehungen zwischen den arabischen Regimes und den Palästinensern zeichnete sich schon länger ab und kam in der Niederschlagung des palästinensischen Widerstands im Libanon durch Syrien auch auf eine blutige und folgenschwere Art zum Ausdruck. Doch man muß nur an die indirekte Billigung der militärischen Vernichtung der Palästinenser in Jordanien (Schwarzer September 1970) erinnern, um zu unterstreichen, was die ständigen Beteuerungen der arabischen Regimes auch in den letzten Jahren wert waren.

Wenn nun Sadat anläßlich seiner Israel-Reise den Sender der 'Stimme Palästinas' in Kairo schließen ließ und gleichzeitig 425 Palästinenser aus dem Land warf, kann dies nur als eine weitere Geste des 'guten Willens' gewertet werden, mit der er Israel betrat (das gerade zu diesem Zeitpunkt Flüchtlingslager im Süden des Libanon bombardierte). Dies kann jedenfalls nicht als wirkliche Veränderung der Beziehungen zwischen Ägypten und den Palästinensern gewertet werden. Die Weichen für den Sadat-Besuch und die offene Vollziehung wurden schon lange vorher und auch nicht allein von Ägypten gelegt. Tatsache jedenfalls ist, daß die Palästinenser als eigenständiger politischer Faktor bei den Verhandlungen nicht vorkamen, was Dayan auch klar machte, als er erklärte, "die Palästinenserfrage sei nach israelischer Auffassung lediglich eine humanitäre Angelegenheit".

Sadat kam nicht als einer, der den Frieden bietet nach Jerusalem, sondern als einer, der seine Kapitulation offen dokumentiert und sich nun anhörte, was Israel diktieren wird. Dementsprechend ist es weiter nicht verwunderlich, daß er vorerst nur die Zusicherung der "sicheren Grenzen" Israels im Reisegepäck hatte.

Erst in den weiteren Gesprächen der entsprechenden Regierungsbeamten wurde klar, was im Mittelpunkt der Verhandlungen steht.

1. Die Sinai-Halbinsel. Bereits in den ersten Verhandlungen wurde Israels Diktat deutlich. Die Zionisten sind zu einer Teilrückgabe bereit, nach der sie für die Dauer von ca. 5 Jahren etwa ein Drittel von Sinai besetzt halten würden. Während Sinai von ägyptischer Seite entmilitarisiert werden soll, sind die israelischen Siedlungen auf



DAS ZERSTÖRTE BEIRUT

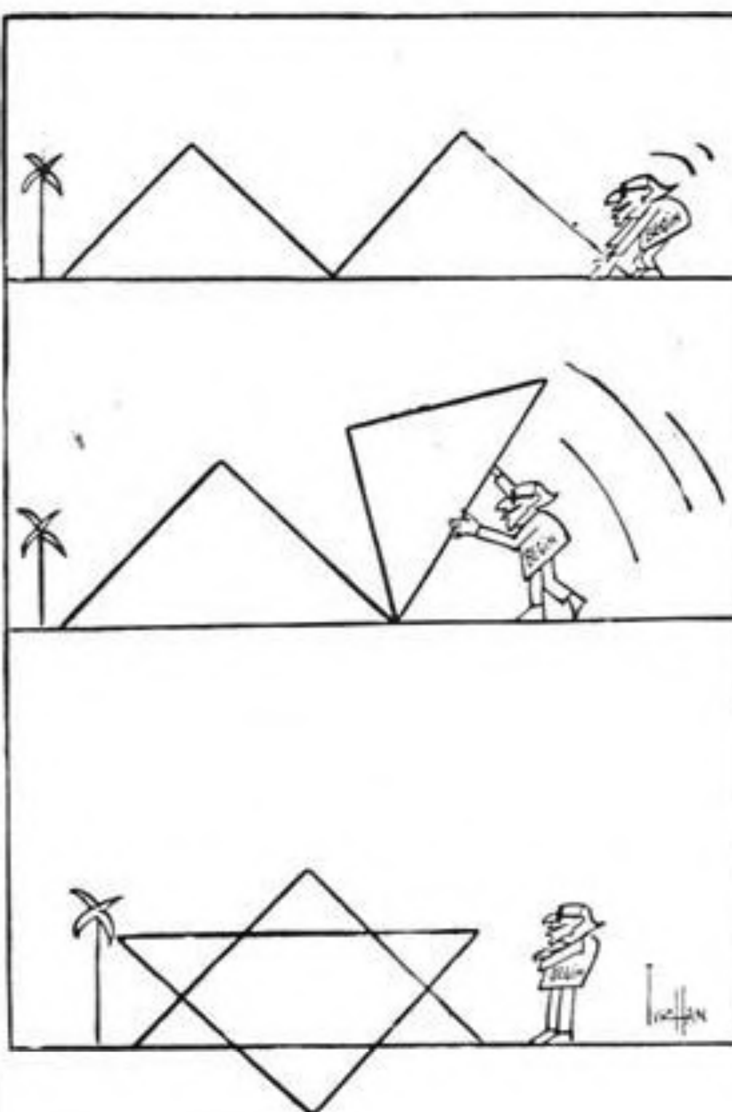
der Halbinsel und sie 'schützende' militärische Anlagen für die Zionisten nie Gegenstand der Verhandlungen gewesen.

2. Die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten. Gerade der Likud-Block hatte den Ausbau dieser Besiedelungspolitik als Weg zu einem 'Großisrael' auf seine Fahnen geschrieben und jene erzreaktionären zionistischen Sekten unterstützt, die laufend neue derartige Projekte in Angriff nehmen. Es wäre also absurd, gerade von dieser Regierung eine Änderung einer derartigen Politik zu erwarten. Gerade das Gegenteil ist auch der Fall. Während Sadat kindisch kichernd mit Golda Meir kleine Geschenke tauschte und mit der Gönnerhaftigkeit eines aufgestiegenen Lakaien 'Mosche' zu Dayan sagen durfte, wurden die bestehenden Siedlungen in allen besetzten Gebieten ausgebaut und neue Projekte in Angriff genommen. Begin machte in einem Interview mit dem 'Nouvel Observateur' (abgedruckt im 'spiegel') auch deutlich, daß Sadat im Falle der Siedlungen offensichtlich einem Wunschdenken aufgesessen ist (in dieser Frage dürfte es allerdings auch Differenzen zwischen Israel und dem US-Imperialismus geben). "Aber meine Meinung ist folgende: Präsident Sadat hatte sich wohl selbst darin getäuscht, daß wir in den wesentlichen Belangen nachgeben würden. Aber er kannte unsere Ansichten seit langem. Er wußte,daß wir nie die nochmalige Zweiteilung Jerusalems billigen, nicht auf die Grenzen von 1967 und nie unsere Siedlungen in Judäa, Samaria und dem Gazastreifen räumen würden. Unsere Position war immer wie folgt: Wenn Präsident Sadat nach Jerusalem kommen will, um über diese Fragen zu debattieren, so ist das sein gutes Recht, wir aber haben keine Absicht unsere oben genannten Positionen zu ändern". ('spiegel', Nr.4, Seite 92)

3. Das Westjordanland. Wie aus dem oben zitierten Interview hervorgeht, ist die Haltung der Zionisten hier eindeutig und kompromißlos. Einmal, weil ja die rechtszionistische Bewegung Begins dieses 'biblische Land' schon aus religiösen Gründen für Israel beansprucht (Begin spricht auch von "Judäa und Samaria") und zum zweiten, weil dieses Gebiet als Reservoir an billigen arabischen Arbeitskräften, sowie als Agrargebiet für die israelische Bourgeoisie von großer Bedeutung ist. Wegen dieses Gebietes ist Israel natürlich auch an einer baldigen Beteiligung Jordaniens an den Unterwerfungsgesprächen interessiert.

4. Die Palästinenser. Wie schon erwähnt, spielen sie in den Gesprächen keine eigenständige politische Rolle. Wenn dies heute überhaupt möglich ist, so nur deshalb, weil sie seit Jahren von Israel und den reaktionären arabischen Regimes auf das für diese Herrschaften richtige und angenehme Verhandlungsmaß zusammengeschossen wurden. Für sie hat Israel im Gazastreifen und im Westjordanland eine Art 'Selbstverwaltung' unter israelischer Oberhoheit parat. Der US-Imperialismus hat auch eine jordanische Oberhoheit vorgeschlagen. Selbstredend sprechen sie alle von einer 'palästinensischen Selbstbestimmung'... Herauskommen wird aber vermutlich nicht einmal ein palästinensisches Bantustan...

Alle diese Vorschläge und Grundlagen zeigten von Anfang an, daß Israel nicht bereit war Kompromisse einzugehen und daß Sadats Zusicherung der "sicheren Grenzen" Israels den Zionisten zwar nützlich war, aber keinen Anlaß für sie abgab, an der Ausgangssituation etwas zu ändern, die nun einmal darin besteht, daß Israel als wirtschaftlich und militärisch stärkste Kraft der Region und mit der Unterstützung des US-Imperialismus von einer Position der Stärke und des Diktats aus in diese Verhandlungen geht.



DIE ABLEHNUNGSFRONT

Anfang Dezember des vergangenen Jahres, trafen sich Vertreter aller jener arabischen Regimes, die den Schritt Sadats ablehnten, sowie Vertreter palästinensischer Organisationen (neben Arafat war auch Habasch anwesend) in Tripolis,um über mögliche Gegenmaßnahmen zu beraten. Aber allein die Anwesenheit Assads, der die Politik Sadats lediglich aus 'taktischen' Gründen ablehnt und jedenfalls genau weiß, daß kein imperialistischer Friede ohne Syrien zustandekommen kann (Assad drückte auch deutlich aus, daß die Differenz zwischen ihm und Sadat in der Methode und nicht im Ziel liege) und Habaschs, dessen Organisation (PFLP) wohl in diesem Spektrum zumindest einen unversöhnlichen Standpunkt zur Genfer Konferenz und insgesamt zu Israel hat, zeigt die Perspektivlosigkeit dieser Konferenz und die Hohlheit ihrer Erklärungen auf. Gaddafi drückte die Illusionen mancher Teilnehmer auch klar aus: "Syrer und Palästinenser haben keine andere Alternative als einen Kampf in vielen Formen zur Befreiung der besetzten Gebiete zu führen... Über einen Frieden unter drohenden Bajonetten zu verhandeln, das ist nichts anderes als ein Diktat". (zitiert nach 'Arbeiterkampf', Nr. 119). Gaddafi, der vor allem versuchte,Arafat und Habasch zu versöhnen, forderte noch einen Wirtschaftsboykott der versammelten Staaten gegen Ägypten und keine Verhandlungen, bevor Israel und die USA nicht die PLO anerkennen würden.

Konsequent trat der irakische Vertreter auf der Konferenz auf. "Der irakische Delegierte spielte auf der Konferenz auf das Eingreifen Syriens im Libanon an und sagte, er halte es für verrückt und kriminell, das Leben Tausender zu opfern, nur um die syrische Position bei zukünftigen Friedensverhandlungen mit Israel zu verbessern". ('Arbeiterkampf',Nr.119)
Hier lag ja auch eine mögliche Konsequenz dieser Konferenz, nämlich eine Aufwertung des 'syrischen Weges nach Jerusalem'!
Der Irak weigerte sich auch das Spiel der neuen Einheit mitzumachen und verließ die Konferenz, als sich eine unkritische Haltung der Teilnehmer zur syrischen Politik herauskristallierte. Der irakische Delegierte forderte:

- Ablehnung der UNO-Resolution 242 und 338 und aller direkten Verhandlungen mit Israel
- Rückzug der syrischen Truppen aus dem Libanon
- Öffnung der syrischen Front für die palästinensischen Kämpfer
- Vereinheitlichung des palästinensischen Widerstands und Herstellung klarer Beziehungen zum syrischen Regime.

Nach dem Auszug des Irak war der Weg frei für die Verabschiedung einer 'radikalen' Kompromißresolution, in der der Sadat-Besuch als "Verrat an der Opferbereitschaft und dem Kampf des arabischen Volkes in Ägypten und der arabischen Nation" verurteilt und das "standhafte" palästinensische Volk begrüßt wurde (zitiert nach 'Arbeiterkampf', Nr. 119).

Habasch schließlich, dessen PFLP 1974 aus der PLO ausgeschieden war, erklärte sich zu einer Wiedereingliederung in die PLO-Führungsgremien bereit, wenn die PLO jede friedliche Lösung des Konflikts ablehnen würde. Auf einer Kundgebung Anfang Dezember 1977 in Beirut sagte er: "Wir würden es vorziehen, wohlgemerkt, daß eine Volksbewegung dem Sadat-Regime ein Ende macht. Aber ich will nicht verheimlichen, daß alle patriotischen Organisationen in der arabischen Welt es in Angriff nehmen, sobald wie möglich das ägyptische Volk von diesem Verräter zu befreien und ihm das Ende zu bereiten, das er verdient". ('le monde', 6.12.)

Doch all diese radikalen Worte können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Ablehnungsfront keineswegs einen geschlossenen Faktor darstellt. Alleine die Teilnahme Syriens würde dies zur Genüge beweisen, doch auch in den Reihen der PLO sind die Vertreter eines Kompromisses (in Anlehnung an Syrien) stark.

DIE PALÄSTINENSER

Nicht nur Assad und Hussein von Jordanien waren von der Jerusalem-Reise Sadats vorher unterrichtet worden, sondern allem Anschein nach war auch Arafat informiert gewesen. Die Politik der PLO-Führung hatte in den letzten Jahren eine Niederlage nach der anderen hinnehmen müssen und dies konnte auch nicht anders der Fall sein, bestand sie doch vor allem in einem Balance-Akt zwischen den einzelnen arabischen Regimes. Daß diese Politik den palästinensischen Massen niemals tatsächlich nützen würde, sollte spätestens seit der Liquidierung der Palästinenser im Libanon durch Syrien klar sein.





TEILNEHMER DER 'ABLEHNUNGSKONFERENZ'

Das Klasseninteresse der kleinbürgerlichen PLO-Führung verhindert jedoch auch heute - angesichts der Tatsache, daß die Palästinenser in den Verhandlungen kaum noch vorkommen - eine Änderung dieser Politik. Ein Großteil der PLO-Führung ist auf die Errichtung eines palästinensischen Staates ausgerichtet und hat längst vor der Aufgabe der Zerschlagung des Staates Israel kapituliert. So der PLO-Sprecher Labadi: "Wir sind immer noch bereit, unseren eigenen Staat im Westjordanland und Gaza zu gründen...Es ist klar,daß das bedeutet,daß wir bereit sind, mit dem Staat Israel zu koexistieren... Deshalb sind wir bereit nach Genf zu gehen, wenn wir dort als legitime Vertreter des palästinensischen Volkes eingeladen werden". Zur Konferenz von Tripolis: "Wir bezweifeln, daß eine solche Versammlung Erfolg haben kann. Aber wir haben keine Wahl. Wenn wir uns weigern dorthin zu gehen, wird man uns beschuldigen, die palästinensische Sache zu verraten und unter der Hand die Politik Sadats zu unterstützen". (zitiert nach 'Arbeiterkampf', Nr. 119)

Die Politik der PLO-Führung ist nun endgültig an einem Punkt angelangt, wo es keine weitere Perspektive mehr gibt, als die völlige Unterordnung unter die Interessen der arabischen Regimes. Nach der seit Jahren systematisch betriebenen Ausrottung der militantesten Kämpfer durch Israel, Jordanien und Syrien, nach der Isolierung der palästinensischen Kämpfer im arabischen Raum, ist diese wesentliche Voraussetzung für den imperialistischen Frieden im Nahen Osten nun gegeben. Dies verhindern hätte, allein eine Politik können, die sich nicht auf den Balance-Akt zwischen den Regimes und auf Diplomatie beschränkt, sondern die vor allem auf den Klassenkampf in den arabischen Ländern, auf die unterdrückten Massen dieser Länder setzt und diese unterstützt. Allein bei diesen unterdrückten arabischen Massen liegt die Garantie für die palästinensischen Massen in den Lagern. Aber es wäre eine Illusion, von der PLO-Führung eine derartige Politik zu erwarten, die doch durch ihre Klassennatur und durch ihr Klasseninteresse daran gehindert wird.

DIE ZIELE DES US-IMPERIALISMUS UND ISRAELS

Der Friede im Nahen Osten, wie er vom US-Imperialismus angestrebt wird, beruht im wesentlichen auf zwei Voraussetzungen. Zum ersten die Verdrängung des Einflusses der UdSSR in diesem Raum und zum zweiten die Ausschaltung der Palästinenser als eigenständigen politischen Faktor, der eine ständige Gefährdung der 'Ruhe' darstellt. Beides ist nun im wesentlichen geschehen.

Der Einfluß der UdSSR beschränkt sich heute auf Libyen und den Irak, beides Länder, deren spezifisches Gewicht nicht allzu groß ist in dieser Region (wirtschaftlich und militärisch). Gaddafi kann sich zwar hunderte Panzer kaufen, doch es fehlen die Besatzungen dazu. So beschränkt sich seine Funktion zwangsläufig auf die eines Geldgebers und propagandistischen Unterstützers der Palästinenser, die ihrerseits aber ohnmächtig vor den syrischen Gewehren stehen. Der Irak ist wieder einer permanenten Bedrohung durch das iranische Schah-Regime ausgesetzt und diesem militärisch offensichtlich unterlegen. Alleine diese Front bindet seine Kräfte. Dazu kommt, daß beide Länder geographisch ungünstig liegen.

Der US-Imperialismus sieht natürlich weiterhin in Israel seinen besten und stärksten Vertreter im Nahen Osten. Dieses Verhältnis ergibt sich schon durch den qualitativen Unterschied zwischen Israel, als imperialistischem Staat und den arabischen Staaten. Doch andererseits erwachsen aus diesem Verhältnis auch mögliche Differenzen zwischen dem US-Imperialismus und Israel, deren Konsequenzen heute noch nicht klar eingeschätzt werden können. Die USA können nicht an einer völligen und offenen Unterwerfung Ägyptens, Syriens,Jordaniens und der Öl-Staaten interessiert sein, sondern mehr an einer solchen, die den Schein des Kompromisses trägt. Die Gefahren einer offenen Kapitulation liegen auch auf der Hand. Ägypten als Vorreiter dieser Politik



könnte nicht nur im sogenannten arabischen Lager isoliert werden; auch die Gefahr eines Putsches der Armee würde steigen. Wenn Sadat kurz vor seiner Jerusalem-Reise einige Dutzend Offiziere aus der Armee entfernt hatte, ist dies ein eindeutiger Beweis für diese These.

Der US-Imperialismus strebt einen Kompromiss zwischen den beiden Lagern an, der es den arabischen Regimes erlaubt, das Gesicht zu wahren.

Die zionistische Position ist heute noch widersprüchlich. Auf der einen Seite ist Israel natürlich auch an einer verstärkten Ausbeutung der arabischen Arbeitskräfte und Rohstoffe interessiert und es gibt auch bereits die ersten Schritte in dieser Richtung. Begin hatte dies auch im November 1977 ausgedrückt: "Die Wüsten des Nahen Ostens könnten gemeinsam zum Blühen gebracht werden...Die Zusammenarbeit jüdischen Genies mit arabischen Ressourcen könnte die Region in das Paradies auf Erden verwandeln".

Auf der anderen Seite jedoch, ist Begin Vertreter des kompromißlosen Likud-Blocks, der erzreaktionären Rechts-Zionisten. Genau die Bewegung, die seine Regierung nun vertritt, ist in einer Abhängigkeit von jenen, die keinerlei Kompromiß mit den Arabern dulden wollen und im Gegenteil,eine offene Ausweitung des israelischen Territoriums propagieren. Hier liegen auch die Grundlagen einer möglichen Differenz zum US-Imperialismus, deren Konsequenzen möglicherweise in Neuwahlen in Israel bestehen könnten. Hier sei nur an das Treffen von Peres mit Sadat in Österreich erinnert (das allerdings zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Artikels noch vor uns liegt, sodaß wir noch nichts genaueres sagen können), sowie an genau in diese Richtung zielende Äußerungen verschiedener Politiker der 'Arbeiterpartei'. Kurz: Die religiös/reaktionäre Bewegung Begins mit all ihren obskuren Schattierungen könnte sehr bald zu einem Hemmschuh für einen imperialistischen Frieden im Nahen Osten werden, weil sie allein die offene Unterwerfung Ägyptens, Syriens und Jordaniens akzeptiert!

DAS STOCKEN DER VERHANDLUNGEN

Überraschend ließ Sadat Mitte Jänner dieses Jahres die ägyptische Delegation aus Israel abberufen und nahm dafür den unvermindert weitergehenden Ausbau der israelischen Siedlungen zum Anlaß. Nicht Israel,sondern Ägypten hatte in dieser Frage einen Schwenk gemacht, denn der zionistische Standpunkt in dieser Frage war stets konsequent.

Der Abbruch der Verhandlungen durch Sadat und seine folgende Reise in die USA kann als Versuch gewertet werden, auf diese Weise - über den Umweg des US-Druckes auf Israel - mehr Kompromißbereitschaft bei den Zionisten zu erzwingen. Reale Grundlagen in den Verhandlungsthemen selbst hat der Abbruch keine. Daneben muß man allerdings annehmen, daß der innere Druck auf Sadat sich verstärkt hat und daß er durch diese theatralische Geste gezwungen ist zu zeigen, daß er nicht 'zu allem' bereit ist. Der entscheidende Ort für die weitere Entwicklung ist jedenfalls weder Jerusalem, geschweige denn Kairo, sondern Washington.



FORTSETZUNG VON SEITE 1

sie neue "Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden" Wie? "...durch große Investitionen"! Wenn nun aber die Kapitalisten mit den Subventionen rationalisieren und Arbeitsplätze "einsparen", weist Kreisky wohl auf die Verstaatlichte hin, die neue Arbeitsplätze schaffen soll. Doch, oh weh - VÖEST und VEW gehen mit Kurzarbeit, 'Umschulungen", unbezahltem Urlaub und Entlassungen mit "gutem" Beispiel voran. Übrig bleibt von Kreiskys Visionen lediglich, daß der kapitalistische Staat aus den Massensteuern mit sozialdemokratischem Management die gierigen Mägen der Bourgeoisie weiter stopfen wird. Kreiskys "Kampf" gegen die Arbeitslosigkeit findet nicht statt, oder besser: Hat niemals stattgefunden. Bemerkenswert dabei ist, daß der "Vorsitzende" der Sozialdemokratie selbst zugibt ,daß "... es auch zu einer Freisetzung von Arbeitsplätzen kommen kann." 100.000 sollen es 1978 seiner Einschätzung nach werden! Anmerkung am Rande: Als eine der "Beschäftigungsmöglichkeiten" gab Kreisky sein "Austroporsche-Projekt" an, das jedoch, wie er selber hinzufügte, "vorläufig gescheitert" ist!

DIE SPÖ TRÄGT DIE ARBEITSLOSENPOLITIK

Eine inflationistische Subventionspolitik war gerade nach dem Kriege eines der Hauptmittel der Kapitalismusverwalter, um dieser Gesellschaft immer wieder über ihre Krisen hinwegzuhelfen. Die österreichische Sozialdemokratie erfand zwar diese Wirtschaftspolitik nicht, war aber zweifellos eine ihrer eifrigsten Verfechter. Auf der Grundlage des internationalen Aufschwungs von 1975/76, mit den Reserven der spezifischen Position des österreichischen Kapitalismus auf dem Weltmarkt, vermochte die SPÖ die Arbeitslosigkeit relativ gering zu halten (siehe, "Wer bezahlt die Krise?", permanente revolution Nr. 12). Mit einiger Demagogie - dem Negieren der faktischen Armut in Österreich, mit nationalistischer Hetze gegen die ausländischen Arbeiter usw. - konnte sie sich in den Augen der österreichischen Arbeiter als jene Partei darstellen, die es mit der Vollbeschäftigung ernst nähme ... wenn auch mit dem "Preis" einer steigenden Inflation.

In Wirklichkeit, das zeigt sich heute in der Rezession besonders deutlich, mußte sie die Arbeiter gar nicht vor Arbeitslosigkeit verteidigen! Die Bourgeoisie akkumulierte progressiv und brauchte in den zentralen Bereichen der österreichischen Wirtschaft bis zum ersten Halbjahr 1977 trotz der Rationalisierungen keine tiefen Einschnitte in die Beschäftigungslage vorzunehmen. Die Sozialdemokratie gab also viel mehr die "Erfolge" des Weltimperialismus, in den Österreich voll eingebaut ist - erkauft unter anderem mit dem riesigen Elend in den kolonialen und halbkolonialen Ländern - als die ihren aus.

Heute, wenn die internationale Rezession vor allem in der Stahlbranche auf der österreichischen Bourgeoisie lastet,entpuppt sich die SPÖ als völlig untaugliches Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Ja noch ärger: Es ist die SPÖ, die in der Regierung und in den Betrieben Arbeitslosenpolitik betreibt: VÖEST, VEW, um gar nicht von den vielen privatkapitalistischen Betrieben zu reden, wo die Sozialdemokratie den Entlassungen zugestimmt oder zumindest nichts dagegen unternommen hat. Will man ihr Konsequenz zubilligen, so ist es die, dem ständigen Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaft zu folgen, die Arbeiter dabei nachzuziehen und an die Interessen des Kapitals zu ketten. Nussbaumer krönte seine Palette von "Pluspunkten" für Kapitalisten in Österreich unter einer "sozialistischen" Regierung mit dem Hinweis auf die "Sozialpartnerschaft": Kapital und Arbeiter säßen auf einem Ast, "von dem beide herunterfallen müßten, würde man ihn durchsägen." (Benya,"Gewerkschaft in der Gesellschaft von heute")

DIE OFFENSIVE DES KAPITALS UND DER SOZIALDEMOKRATIE

Die Kapitalisten drängen seit dem letzten Halbjahr 1977 ganz offen auf Reallohnabbau: Handel, Textilindustrie, kaufmännische Angestellte im Zeitungsbereich. In allen diesen Fällen zielen die Unternehmer neben den Löhnen, wo es zu keinen Abschlüssen über der Inflationsrate kommen sollte, auf die Geltungstermine, die es für sie hinauszudehnen galt, und gegen rahmenvertragliche Regelungen, wie den Mindestbetrag. Die sozialdemokratische Führung und die Gewerkschaftsbürokratie hatten dem nichts als prinzipielle Zustimmung entgegenzusetzen. Sie hämmerten den Arbeitern Rücksicht auf die Konkurrenzbedingungen des österreichischen Kapitalismus ein, logen von 2% 'Reallohnerhöhungen',betrieben Spalterpolitik mit ihrer "Belohnung für Leistungsunterschiede" (Benya) und ließen jedesmal als erstes den Mindestbetrag fallen.

Ihre Leitlinie war das "Maßhalten zugunsten eines hohen Beschäftigungsniveaus", was heute, 1978, gerade für die Metallarbeiter einen bitteren Beigeschmack haben muß.

SCHLÄGE UND BETRÜGEREIEN FÜR DIE METALLARBEITER

Unter dem Eindruck der sozialdemokratischen Propaganda ließen die Metallarbeiter um der "Vollbeschäftigung" willen im vergangenen Jahr innerbetriebliche Lohnerhöhungen, Prämien usw. fallen und sich einen dürftigen Kollektivvertragsabschluß von 7,5% aufhalsen. Benya hatte 'opfern' lassen - um Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zu 'vermeiden'. Jetzt steht beides in und vor den Toren der VÖEST und den VEW!

Am 14. März laufen die Kollektivverträge für die Metallarbeiter, Bergbau- und Energiearbeiter aus; Ende März die der Industrieangestellten und der Chemiearbeiter. Kapitalisten und Sozialdemokratie wollen auch hier mit ähnlichen Methoden drücken und spalten. Die Stahlkapitalisten werden der "in oder an den roten Zahlen" stehenden Branche nur Abschlüsse weit unter der Inflationsgrenze zutrauen, die Laufzeit zu verlängern trachten und Mindestbeträge ablehnen. Der Gewerkschaftsbonzen Strategie steht ebenso fest: Sinnvoll sei es, "der Zeit entsprechend eine maßvolle Lohnpolitik zu machen, um der gesamten Wirtschaft die benötigte Pause zu geben." (Benya in einem Interview mit der 'Presse', 16. 1.) Die Gefahr ist ungeheuer groß, daß sie mit einem solchen Niederlagenkonzept, den Arbeitern eine erneute Enttäuschung bereiten werden!

Die Vorbereitungen dazu haben sie bereits getroffen. So massiv wie seit Jahrzehnten nicht mehr, üben Konzernleitungen, Regierung und Gewerkschaftsspitze Druck auf die Arbeiter in der Stahl- und Metallindustrie aus. Nachdem sie monatelang von Auftragsschwierigkeiten gejammert und lauthals Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit 'überlegt' hatten, führten sie bei der VÖEST "Umschulungen" durch, die den Arbeitern 800.- bis 1000.- Lohnverlust bescherten. Kurzarbeit wurde in einzelnen Abteilungen durchgezogen, Werkstätten werden 'vorübergehend' geschlossen.

Den bisher größten Schrecken versuchten die Kapitalisten den Arbeitern bei den VEW einzujagen. 2000 Beschäftigte müßten 'abgebaut' werden, wenn nicht 10%ige Lohnkürzungen, der Abbau der Sozialleistungen und der von Sonderzulagen (14. Monatsgehalt) in Kauf genommen würden.

Grundlegend beabsichtigt die Bourgeoisie mit dieser Offensive, die Belegschaften schon vor ihrem großen Versuch, breiter zu entlassen, niederzuringen, was bei einem sich weiter verschärfenden internationalen Konkurrenzdruck in der Stahlbranche zu erwarten ist. Unmittelbarer Zweck sind aber neben der Schaffung von günstigeren Bedingungen für die Arbeitshetze, die Arbeiter für die kommenden Lohnrunden zu verunsichern und etwaige Widerstände gegen die zu erwartenden Drückerangebote der Konzernleitungen im Keime zu ersticken. Die Arbeiter sollen verängstigt und niedergeschlagen die Verhandlungen über sich ergehen lassen. Das ist der Plan der Vorstände und der Sozialdemokratie. Dazu betrügen und lügen sie. Wie anders wäre zu erklären, daß im Jänner 1978 nach den vier Umschulungstagen bei der VÖEST verschiedene Abteilungen in Terminnot gekommen waren und Arbeiter wieder Überstunden machen mußten. Im Walzwerk wurden sie sogar gefragt, ob sie auch am Wochenende kommen!

Apfalters (VÖEST) Schwarzmalereien: "1977 war's schlecht, 1978 wird's noch mieser", ist größtes Mißtrauen entgegenzubringen. Nicht nur, daß die Arbeiter die internationalen Stahlkrisen nicht hervorgerufen hatten - sie besitzen keinerlei Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der Metallkonzerne - verfügen sie auch über keinen Einblick in die Geschäftsgebarung der Unternehmen. Gerade angesichts der höchstwahrscheinlichen Lügen und Betrügereien der Konzernleitung von VÖEST und VEW ist es unbedingt erforderlich, daß jene, die produzieren und auf deren Rücken die Krise abgewälzt werden soll, Einsicht nehmen können in die Geschäftsbücher. Apfalter und Bayer (VEW), die Vorstände von VÖEST und VEW, die Regierung sollen Rechenschaft ablegen über ihre Manipulationen. NIEDER MIT DEN GESCHÄFTSGEHEIMNISSEN! Jene, die Opfer verlangen, sollen zuerst ihre Rechnungsbücher vorlegen!

HIER DIE ARBEITER - DORT DIE APFALTER, BAYER, KREISKY, BENYA & CO

Unverblümt übernehmen indes die Gewerkschaftsführer den Stab der Kapitalisten, drehen ihn ein wenig in der Hand, um damit die Arbeiter niederzuhalten. Den wahnwitzigen Drohungen bei den VEW, wußten sie bloß neue Varianten der Ausbeutung zu erwidern. Die Exekutive des Zentralbetriebsrates einigte sich mit der Konzernleitung auf folgende Maßnahmen:

"Ab sofort genereller Aufnahmestopp (Arbeiter und Angestellte, Einsparungen von etwa 60 Millionen Schilling). Weitestgehende Einstellung der Überstunden, bei Bedarf nur Bezahlung des Zuschlages (!) und die Stundenabgeltung im Zeitausgleich (!) (Einsparung etwa 100 Millionen Schilling). Vorzeitige Pensionierung bei Männern mit 59 - und bei Frauen mit 54 Jahren (Einsparung 30 Millionen Schilling). Ein unbezahlter Urlaub von zehn Tagen (!!!) im heurigen Jahr für alle VEW-Angehörigen (Einsparung 80 bis 100 Millionen Schilling)." ('Volksstimme', 21. 1. 1978)

Zentralbetriebsratsobmann Gruber wies dann noch darauf hin, daß erst eine am 9. Februar in Kapfenberg einzuberufende Betriebsrätekonferenz diesen "Kompromiß" endgültig billigen müsse.

Ein solcher Beschluß wäre und ist eine Niederlage schon vor dem Streit! Ohne auch nur eine Regung der Gegenwehr, müßte die Belegschaft eine bedeutende Schlappe hinnehmen. Eine solche Entwicklung könnte auf die Masse der Arbeiter nur deprimierend wirken. Die Einkommenskürzung von rund 4% passiv einzustecken, den 13. und 14. Monatsgehalt beschneiden zu lassen oder es der Konzernleitung und den Grubers zu überlassen, wer 'frühzeitig' in Pension geschickt wird, würde die Kampfbedingungen der Arbeiter

und Angestellten immens verschlechtern.

Unbedingt notwendig ist es, aus den vergangenen Ereignissen zu lernen: Lohneinschränkungen wurden in den letzten Jahren in Kauf genommen, um angeblich Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zu verhindern. Einzig den Kapitalisten hat diese Politik der SPÖ genützt. Die Abwehrfront der Arbeiter gegen die Belastungen wurde schon im vorhinein aufgerissen und zum Rückzug getrieben. Hier konnten die Unternehmer und Arbeiterbürokraten nachsetzen und falls es für die Profite notwendig war, zu neuen Anschlägen ausholen. Genau das machen sie heute. Der internationale Kapitalismus erhebt seit dem letzten Jahrzehnt auch in den imperialistischen Ländern die Krise zur Regel, den Aufschwung zur Ausnahme. In erster Linie seit dem ersten Halbjahr 1977 brechen seine Rezessionen auch verstärkt über Österreich herein. Die Vermutung liegt nahe, daß er in der kommenden Zeit der Welt nur immer wieder neue Krisen bescheren kann, wo hauptsächlich die Arbeiter zu Kasse gebeten werden sollen. Gestern niedere Löhne... für "Vollbeschäftigung". Heute prozentuelle 'Erhöhung' der stark zergliederten Löhne und Gehälter unter der Inflationsrate, Verzicht auf Mindestbeträge und Kurzarbeit ... für ein "hohes Beschäftigungsniveau". Und morgen Arbeitslosigkeit ... für?

Bei einer solchen Vorgangsweise werden jene als Erste resignieren, die von den bürokratischen Verhandlungen nichts zu erwarten haben: die schlechter Verdienenden, denen die Mindestbeträge gestrichen, die ausländischen Arbeiter und Frauen, die entlassen, die Arbeiterjugendlichen, die nicht aufgenommen werden. Die Arbeitshetze steigt, doch Kollegen werden entlassen, neue Arbeiter nicht aufgenommen. Stückweise wird so der Arbeiterfront eine Lücke nach der anderen gerissen. Der bürokratische Kampf scheint zwar reibungsloser zu sein, derjenige um den Lebensstandard des Proletariats zu verteidigen und seine Kampfkraft zu stärken ist er jedoch nicht!

AUCH DIE KPÖ UND IHR GLB FÜR DEN 'KOMPROMISS' VOR DER KAMPFPROBE

Von der praktischen Seite der KPÖ-Wirtschaftspolitik durften sich die Arbeiter bei den VEW ebenfalls überzeugen. Welche großen Möglichkeiten zur Verteidigung aller Arbeiterinteressen besäße der 'Linksblock' aufgrund seiner quantitativen Stärke - und wie niederschmetternd war seine Reaktion. Stumpfe Alibiaufrufe gegen die ärgsten Auswüchse des Bluffs der Konzernleitung und sogar Gutheißen einzelner Maßnahmen gegen die Arbeiter. In einem Gespräch mit der 'Volksstimme' erklärte GLB-Lindner (Betriebsrat bei VEW-Ybbstal) genauer, was vom 'Widerstand' seiner Fraktion zu halten ist. Vieles ist für sie positiv: "...positiv ist der Vorschlag, daß die Männer mit 59 und die Frauen mit 54 Jahren in Pension geschickt werden..." ('Volksstimme', 22.1.1978), wenn auch nur bei voller Erfüllung der Pensionsansprüche. Selbstverständlich treten wir für eine Herabsetzung des Pensionsalters ein. Doch in der aktuellen Situation bei den VEW es dem Konzernvorstand und den Bürokraten zu überlassen, 'frühzeitig' hinauszuschmeißen, arbeitet nur in deren Hände! Wieder welche weg, die 'frechen' Widerstand leisten könnten. Positiv sei ebenso ein "befristeter Aufnahmestopp auf die Dauer von 6 Monaten." Daß solches "in Anbetracht der bestehenden Schwierigkeiten" zugestanden wird, kann doch nur heißen, ohne Kampf Positionen der Arbeiter preiszugeben. Wieder darf das Konzernpack entscheiden: 'Schwierigkeiten gibt's - 6 Monate!' Ein Jahr? Zwei Jahre?...Wo nimmt Lindner die Gewißheit her, daß nach 6 Monaten der 'Engpaß' überwunden sein wird? Wer kontrolliert das???? Die Konzernleitung wird sagen: "Es wird noch schwieriger als schwierig..." und wird weiter 'Lohnkosten' 'einsparen'.

Die Logik Lindners und seines GLB ist fatal. Er gibt den Kapitalisten bereits heute die Argumente für die morgigen Entlassungen in die Hände.
Lindner ist auch für die Kürzung der "Überstunden um 50%"..."allerdings muß man ablehnen, daß für die geleisteten Überstunden Zeitausgleich gegeben wird." Wir sind an sich gegen das kapitalistische Überstundensystem. Doch welche Alternative bietet der GLB den Arbeitern an, die ihre Familie zu erhalten, Kredite aufgenommen, Schulden zu zahlen haben? Kürzung der Überstunden! Sonst nichts!

Seine 'Gegenwehr' bedeutet Kapitulation. Die betrügerischen Vorschläge des Firmenvorstandes zu verhindern, bezahlt er mit dem 'Preis' einer ersten Teilniederlage. Zu mehr, als zu solchen resignierenden Quasseleien werden diese Nassauer es nie bringen.

WEG MIT ALLEN 'KOMPROMISSVORSCHLÄGEN' SCHON VOR DER KAMPFPROBE!
ABLEHNUNG DES GESAMTEN PLANS DER VORSTÄNDE!
FÜR EINEN SELBSTÄNDIGEN KAMPF DER ARBEITER GEGEN DIE BELASTUNGEN!

Aber Apfalter und Bayer werden nicht locker lassen. Mit der Polizei und dem 'Werkschutz' hinter den Schultern kreinen sie über die schlechte Auftragslage. Das kann und darf kein Argument für die Arbeiter sein. Nicht sie haben die Betriebe in die Krise geführt. Im Stahlboom 1972/73/74 konnten die Kapitalisten nicht genug kriegen und trieben die Branche in der Folge in den Abschwung, von dem sie sich bis heute nicht ernsthaft erholt haben. Ihre 'fetten Jahre' mit relativ mageren Löhnen sind bedroht, die Profite zittern und schon sollen jene, die all die Zeit, ohne Einfluß auf die Betriebspolitik zu haben, gearbeitet haben, zur Ader gelassen werden. Noch einmal: Zeigt eure Geschäftsbücher her! Wohin habt ihr das Kapital verschoben, wie prasst ihr mit unseren Leistungen? Wenn euch die Krise packt, so seid ihr eurem eigenen System zum Opfer gefallen. Die Arbeiter können und wollen nicht ihren Lebensstandard den Vorstellungen der Kapitalistenklasse oder gar dem von Bankrotteuren anpassen.

Schon heute müßte der Kampf gegen die Offensive des Kapitals aufgenommen werden. In Betrieben stehen noch innerbetriebliche Lohnerhöhungen aus. Die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge droht. Die Arbeitsintensität wird gerade jetzt in der Atmosphäre der Arbeitsplatzangst gesteigert. Genau hier dürfte jetzt kein Rückzug erfolgen. VOLLVERSAMMLUNGEN der Belegschaften sollten die Situation diskutieren und ihre Vertreter wählen. Die Gewerkschaftsbürokraten werden sich in der Regel dem widersetzen. Je stärker der Kampfwille der Arbeiter ist, desto leichter kann ihr Widerstand gebrochen, bzw. mit Hilfe von Betriebsräten, Druck auf die Gewerkschaftsspitze ausgeübt werden. Nur FABRIKSKOMITEES sind die Versicherung, um der Vielfältigkeit der Aufgaben nachzukommen. Sie sind der Hebel zum Kampf für GEWERKSCHAFTSDEMOKRATIE und gegen die Belastungen. Ihre Organisiertheit vermag zu gewährleisten, die Situation richtig einzuschätzen, ob ein Streik die Betriebsleitung unter Druck setzen kann, vermag den Kampf anzuleiten, und eventuell einen Rückzug geordnet durchzuführen.
Solche Komitees der Arbeiter und Angestellten sind die Zentren der Auseinandersetzungen. Sie können die Kampagne zur Öffnung der Geschäftsbücher tragen und den allgemeinen Kampf gegen Inflation und Arbeitslosigkeit aufnehmen.

Wir treten für FIXE BETRÄGE BEI DEN LOHNERHÖHUNGEN UND FESTE MINDESTBETRÄGE ein, wollen aber auf zwei Gefahren hinweisen.

Inflation, Preis- und Steuererhöhungen, Tarifanhebungen fressen stets die Lohnerhöhungen wieder weg. Das Kapital und sein Staat arbeiten hiebei systematisch. Der Kampf der Arbeiter muß genau so systematisch werden. Notwendig ist daher, den Kampf gegen den Lohnraub auf die Beine der Komitees zu stellen - zusammenarbeitend mit anderen ausgebeuteten Teilen der Bevölkerung, die von der Inflation betroffen sind, Hausfrauen, Studenten usw. müssen sie die Preissteigerungen usw. feststellen und die automatische Angleichung der Löhne daran sichern.
FÜR DIE GLEITENDE SKALA DER LÖHNE!

Das einzige Recht, das die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft ernstlich besitzen, ist das, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Und selbst das wird vom Kapitalisten bedroht.
Die Arbeitslosigkeit ist nicht alleine ein Mittel der Kapitalisten, um ihre Profitrate zu halten. Zugleich spalten sie damit das Proletariat und untergraben seine Solidarität. Damit dürfen sich die Arbeiter nicht abfinden. Die arbeitenden Massen sind in der Fabrik keine einzelnen Individuen, sondern eine Kampfeinheit. Der Kapitalismus pfercht sie in seinen Betrieben oft zu Tausenden zusammen - unter ähnlichen Ausbeutungsbedingungen, gleichen Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt. Das ist die Grundlage aller Arbeitersolidarität im Klassenkampf. Diese Grundlage darf nicht zerstört werden.

Keine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung - so sehr wir sie für entlassene Arbeiter fordern - kann die Hauptebene des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit sein. Damit würde man die Entlassungen faktisch anerkennen, wenn man auch gegen sie im Betrieb gekämpft hatte. Die Kampfeinheit der Belegschaften muß unbedingt erhalten werden. Die einzige revolutionäre Antwort auf das Ansinnen der Ausbeuter ist die GLEITENDE SKALA DER ARBEITSZEIT. Alle verfügbare Arbeit muß auf die vorhandenen Arbeiter aufgeteilt und so die Arbeitszeit bestimmt werden.

KEIN RÜCKZUG VOR UND BEI DEN KOMMENDEN LOHNVERHANDLUNGEN! DIE ARBEITER DÜRFEN AUCH NICHT VOR DEM KAMPFMITTEL DES STREIKS ZURÜCKSCHRECKEN! URABSTIMMUNGEN! GLEITENDE SKALA DER LÖHNE UND ARBEITSZEIT!
FABRIKKOMITEES!

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV. INTERNATIONALE

spartacus

Zentralorgan des SPARTACUSBUNDES

Die Linke im Kampf gegen die Repression

„Ein Schritt vorwärts, zwei zurück..."



AKW-Bewegung: Wie weiter?

Gerichtsurteile: Ein großer Erfolg?

INHALT



Der 23. Parteitag der KPÖ

Die letzten Wahlergebnisse der KP - seien sie auf kommunal politischer Ebene wie in Graz oder auf gewerkschaftlicher wie bei den ÖBB-Wahlen - haben mehr als deutlich aufgezeigt, daß sich die Partei nach wie vor in einer schweren Krise befindet. Darin drückt sich vorwiegend die Angst der Arbeiter um ihren Arbeitsplatz aus, die in der SP die wirkungsvollere und stärkere Partei sehen. Zweifellos spielt aber auch die Politik der KPÖ in diesem Prozeß eine bestimmte Rolle, hat sie doch ihre "Kampfantworten" auf die Krise zu keiner Zeit in einer Mobilisierung der Arbeiter, sondern vielmehr in Petitionen und "Verbesserungsvorschlägen" gesehen. Zwar machten sich auf dem 23. Parteitag erste Ansätze einer politischen Selbstkritik bemerkbar. So hieß es in einem seiner unzähligen Beschlüsse: "Unsere Kritik an der Politik der SP-Regierung war dabei zu wenig mit einer grundsätzlichen Kapitalismuskritik verbunden, was es der SP-Führung erleichterte, sich als Helfer gegen die Gebrechen des Kapitalismus darzustellen." Tatsächlich aber fand diese Kritik nirgendwo ihren Niederschlag. Im Gegenteil! Eilfertig versuchte die KPÖ sich als der "bessere" Helfer des Kapitalismus zu profilieren. Sie hat auf dieser Ebene nichts, aber rein gar nichts, an der SP zu kritisieren.

Das Zehnpunkteprogramm der KPÖ "Alternativen zur Krisensituation" ist der konzentrierteste Ausdruck dieser Bemühungen. Die KPÖ erkennt zumindest die Abhängigkeit Österreichs vom internationalen Kapitalismus. EWG, BRD und US-Imperialismus, die multinationalen Konzerne sind zweifellos jene Faktoren, die die österreichische Wirtschaft in jeder Hinsicht beeinflussen und bestimmen. Die internationale Krise kann nicht rückgängig gemacht werden. Nicht Fehlplanung der Politiker und Wirtschaftsbosse sind dafür ausschlaggebend, sondern die Anarchie des Systems der Marktwirtschaft. In der BRD ist die Arbeitslosigkeit auf 1,2 Millionen gestiegen. In Spanien steht die Arbeiterklasse vor einer drastischen Erhöhung der Arbeitslosigkeit. In Portugal registriert man 16% Arbeitslose, 31% Inflation. Frankreich mit seinen mehr als 1 Million Arbeitslosen steht wie Großbritannien ebenfalls mitten in einer strukturellen Krise. Und überall in diesen Ländern geht es der Bourgeoisie nicht um die Verkleinerung des Heers der Arbeitslosen, um eine Verbesserung der sozialen Situation der arbeitenden Massen, sondern darum die Profitwirtschaft weiterhin und in verstärktem Maße auf Kosten der Arbeiterklasse in Gang zu halten. In Österreich schlägt sich diese neuerliche Verschärfung der Krise in Reallohnverlusten der Arbeiter als auch in den Anstrengungen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie nieder, die Arbeiterschaft auf eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit vorzubereiten. In diesem Zusammenhang ist das Aufgeben der Formel "Vollbeschäftigung" und ihr neues Ziel einen höchstmöglichen Beschäftigungsgrad zu erhalten, zu sehen.

Umso verwunderlicher erscheinen dann die KP-Alternativen zur Krisensituation. Von dem Bankrott der kapitalistischen Weltwirtschaft ausgehend,fordert sie einen Rückzug des österreichischen Kapitalismus aus seinen internationalen Verflechtungen. So liest man: "1. Einen entschiedenen Kurs gegen die multinationalen Konzerne, EGW und IEA - für die Wiedergewinnung der wirtschaftlichen und politischen Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeit, für Souveränität und Neutralität Österreichs" und "Die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit, Souveränität und Neutralität Österreichs sind dadurch ernstlich gefährdet."

Es ist dann keineswegs verwunderlich, sondern nur eine konsequente Vorgangsweise, wenn die KP um die internationale Konkurrenzfähigkeit der Stahlindustrie besorgt ist, wenn sie sich zu einer Kampagne "Baut mit österreichischem Stahl" Gedanken macht, wenn sie feststellt: "Nicht maximale Gewinnsicherung der Unternehmer sondern gesamtnationales (?) Erfordernis und wichtige Bedürfnisse der Menschen müssen Richtschnur der Budgetpolitik sein." Alle diese Forderungen zeichnen sich dadurch aus, die Profitwirtschaft nicht in Frage zu stellen, sondern als Ausgangsposition und als den Rahmen zu akzeptieren, innerhalb dessen sich die eigenen Vorschläge bewegen.
Es werden Appelle an die österreichische Bourgeoisie gerichtet, "österreichbewußt" zu produzieren, zu kaufen und zu verkaufen, als wenn die Bourgeoisie aus patriotischen Erwägungen auf ihre Profite zu verzichten bereit wäre. Die KPÖ selbst kann an diese, ihre Illusionen auch nicht so recht glauben und bezieht den bürgerlichen Staat und die Regierung als Krisenmanager in jede ihrer Überlegungen ein. "Schluß mit den Milliarden an Subventionen für Pleiteprojekte des in- und ausländischen Kapitals, Heranziehung dieser Mittel zur Finanzierung eines solchen gesamtnationalen Wirtschaftskonzeptes, Unterbindung des Kapitalexportes, der zum Export von Arbeitsplätzen und zur Eigentumsbeteiligung im Ausland führt." So schön diese Illusionen auch klingen, so schädlich sind ihre Auswirkungen auf das Bewußtsein der arbeitenden Massen angesichts einer herannahenden Krisenverschärfung.
Dem bürgerlichen Staat werden grundsätzlich die Fähigkeiten zugesprochen, die Krise verhindern zu können, wenn er nur die richtigen Maßnahmen ergreift. Das trägt zur verstärkten und absolut falschen Hoffnung bei, die Arbeiter könnten es sich in der freien Marktwirtschaft einrichten, gäbe es eine Zusammenarbeit mit den Trägern der bürgerlichen Herrschaft. Deswegen tragen auch alle Forderungen der KPÖ primär den Charakter von Appellen an die jeweilige Regierung, während die Arbeiterschaft nur die Rolle zugedacht bekommt, durch ihre Kampfkraft den nötigen Druck zur Durchsetzung dieser Forderungen auszuüben.
Tatsächlich richtet sich die KPÖ in ihrem Zehnpunkteprogramm mit keinem Wort an die Arbeiter. Nicht sie sollen diesen oder jenen Weg gehen - nein, die Regierung, die "Wirtschaft" muß dies und das anstreben! Das ist die grundsätzliche Aussagerichtung der KP-Forderungen.

Die KPÖ verliert kein konkretes Wort zu einer von ihr selbst auf diesem Parteitag geforderten "grundsätzlichen Kapitalismuskritik". Vielmehr zerbricht sie sich den Kopf, wie Österreich, d.h. in unseren Worten wie die österreichische Bourgeoisie am besten die Krise überstehen könnte. Alle ihre Vorschläge in Hinblick auf Sicherung der Arbeitsplätze des Wirtschaftswachstums gehen in diese Richtung: "Stärkung der Kaufkraft der Arbeitenden ist gerade heute ein wichtiger Impuls für die Hebung des Inlandabsatzes, auf dem zwei Drittel der Produktion entfallen, und damit für mehr Wirtschaftswachstum und Sicherung der Arbeitsplätze." Die KPÖ nimmt es nicht nur hin, daß in der kapitalistischen Wirtschaft die Arbeitsplätze nur über den Profit garantiert werden, sondern macht sich selbst Sorgen um die Geschäfte der Ausbeuter.

Nicht so deutlich tritt dieser Grundzug der KP-Politik bezüglich der wirtschaftspolitischen Rolle des bürgerlichen Staates zu Tage. Hier kann die KP realistisch mit den Illusionen vieler spekulieren, die in der Verstaatlichung einen Schritt vorwärts sehen und die Intervention des Staates in die gesamte Wirtschaft gutheißen. Tatsächlich schlägt die KP massiv in diese Kerbe. "Schutz, Ausbau, Ausweitung und Demokratisierung der verstaatlichten Industrie und der Konzerne der verstaatlichten Banken!" Die KPÖ möchte dadurch den Eindruck erwekken, daß sich die Arbeiterklasse durch die Forderung nach Verstaatlichung der Krise entziehen könnte! Tatsächlich aber sind verstaatlichte Betriebe genauso Teilnehmer und Teilhaber am System der Marktwirtschaft wie jeder andere private Betrieb, nur mit dem Unterschied durch öffentliche Gelder, die wiederum hauptsächlich von den Werktätigen bezahlt werden, einen größeren Sicherheitsraum vorzufinden. Doch gerade die Vorgänge um die Vereinigten Edelstahlwerke (VEW) in Kapfenberg haben gezeigt, daß die verstaatlichte Industrie von der Krise nicht verschont bleibt. Es ist ein Irrglaube, verstaatlichte Betriebe als soziale Einrichtungen zu betrachten und schändlich sie als eines der wichtigsten Mittel gegen die Krise verkaufen zu wollen, wie es die KPÖ betreibt. Doch selbst sie muß dem Rechnung tragen, wie in einem ihrer Appelle: "Außer rein rentabilitätsbedingter (!) Erwägungen müssen gerade in der heutigen Krisensituation auch verstärkt gesamtwirtschaftliche, regionale und neutralitätspolitische Gesichtspunkte berücksichtigt werden." Auch die KP kann über die rentabilitätsorientierte Ausrichtung der Verstaatlichten nicht hinwegsehen. Wenn sich die Rentabilität in der Verstaatlichten auch verschieden äußert - bei den Verkehrsbetrieben bedeutet das eine Verringerung des Dezifites, bei der Stahlindustrie hingegen Gewinnmaximierung - so ist sie dafür verantwortlich, daß gerade in der Verstaatlichten die sozialen Belastungen und gar das Gespenst der Massenarbeitslosigkeit sehr deutlich zum Vorschein kommen. Insofern bedeutet Verstaatlichung für die arbeitenden Massen nicht Entledigung der Profitwirtschaft, sondern den Austausch des privaten Unternehmers durch den kollektiven, der genausowenig die Interessen der Arbeiterschaft vertritt und genauso wenig bereit ist - neben kleineren sozialen Vorteilen - die Rentabilität zugunsten der Arbeitsplatzsicherung, Reallohnzunahmen etc. hintanzustellen. Der bürgerliche Staat als kollektiver Unternehmer ist für die "freie Marktwirtschaft" unersetzlich. Gerade in Österreich zeigt es sich, daß der Großteil der Verstaatlichungen nicht durch die politische Stärke der Arbeiterklasse, sondern vielmehr wegen der wirtschaftlichen Schwäche des österreichischen Kapitals zustande gekommen ist. Sie waren unentbehrlich für eine funktionierende Marktwirtschaft und gleichzeitig Mittel den Werktätigen über den Charakter dieses Wirtschaftssystem Sand in die Augen zu streuen.

Genau die gleiche Wirkung erzielen die KP-Vorschläge über den Ausbau der verstaatlichten Industrie. Deswegen kämpft die KP gegen Windmühlen an und führt die Arbeiter in die Sackgasse, wenn sie nun den Staat als Instrument gegen die Krise und als Dirigent der privaten Unternehmerschaft einsetzen möchte. Der bürgerliche Staat ist und wird keine wirtschaftliche Interessensvertretung der Arbeiterklasse sein. Daran kann auch die KPÖ nichts ändern!

Wenn sich die KPÖ stets gegen das System der Sozialpartnerschaft ausspricht, so hat sie durch ihren Kurs der "wirtschaftlichen Vaterlandsverteidigung" eindrucksvoll aufgezeigt, daß es ihr nur darum geht, ein System der Klassenzusammenarbeit durch ein anderes zu ersetzen. Die gleiche Richtung

beschreitet sie auch in ihrer politischen Orientierung. Wortradikal bestätigt sie auf dem 23. Parteitag noch einmal ihre 'sozialistische' Ausrichtung: "Ziel der KPÖ ist der Sozialismus. Dazu ist die Errichtung der Arbeitermacht notwendig, die die Funktion der Diktatur des Proletariats ausübt, um die Diktatur des Kapitals in allen Erscheinungsformen zu brechen und die breiteste Demokratie für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen verwirklichen zu können." Dieses Sozialismusbekenntnis wird zum Ritual, wenn man die konkrete Orientierung der KP damit vergleicht. Sie stellt sich die Frage was alles im Rahmen des Kapitalismus möglich ist durchzusetzen und verliert dabei die Perspektive des Sozialismus vollends aus den Augen. Ohne es zu wollen, geht sie einen Schritt hinter dem Imperialismus zurück.

Sie rennt der 'reinen'Demokratie nach, die sie zwar nirgendwo erklären kann, die aber stets als das eigentliche Ziel in all ihren Vorstellungen durchkommt. "Kapitalismus heute bedeutet folglich Verneinung, Verfälschung von Demokratie, Ausbau der Herrschaftsapparate, Bürokratisierung und Militarisierung, Manipulierung." Aber "Demokratie heißt Volksherrschaft". In diesem inhaltlichen Zusammenhang kritisiert dann die KP, daß "wesentliche Entscheidungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik den verfassungsmäßigen Körperschaften - Parlament und Landtagen - entzogen (sind)..." und "Diese Körperschaften werden zwar gewählt, sind aber zu Nachvollzugsorganen von Entscheidungen herabgewürdigt (!), die anderswo fallen:..."Die Sozialpartnerschaft wird als undemokratisch qualifiziert, weil sie von der "Zusammensetzung des Parlaments, ja sogar (!) der Regierung weitgehend unberührt" bleibt. Der Eindruck ist sicher nicht falsch, daß die KP offensichtlich das Parlament, die Regierung zu dem machen wollen, was sie niemals waren und niemals sein können: Zu Entscheidungsinstanzen, in denen sich der Wille der arbeitenden Bevölkerung äußert und bestimmend durchsetzt.

Demokratie ist für die KPÖ eine klassenneutrale Gesellschaftsform, die durch - das einzige konkrete dabei - antimonopolistische Bündnisse erkämpft werden muß. Wenn die KPÖ dann feststellt, sie "erstrebt den Weg zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg", so soll das nur zur Beruhigung ihrer antimonopolistischen Bündnispartner - Sozialisten, Christen u.a. - dienen. Denn Bürgerkrieg, d.h. Revolution und Sozialismus hat sie schon längst aus ihrer Politik eliminiert. Die KPÖ findet für ihre Haltung selbst die treffendsten Worte: "Unsere Partei hat für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Demokratie die größten Blutopfer gebracht. Ihre Zielvorstellungen und der zur Erreichung dieses Zieles vorgesehene Weg beweisen ihren zutiefst österreichischen und demokratischen Charakter." Wir wissen nicht, was die Weinbeißer der KPÖ als zutiefst österreichisch auszeichnet. Wir glauben nicht, daß Antileninismus etwas spezifisch österreichisches ist. Diesen Antileninismus, finden wir auch bei der DKP, KPF, KPI etc. vor. Anders jedoch ihre Selbstdarstellung als demokratische Partei. Hier müssen wir der KPÖ völlig Recht geben. Die KPÖ steht auf dem Boden des Kapitalismus und seiner 'weicheren' Herrschaftsform der bürgerlichen Demokratie. Das gibt sie auch abseits der Sozialismus-Rituale offen zu. "Aktive Neutralitäts- und Friedenspolitik, Initiativen zur Durchsetzung der Abrüstung; ....Eine solche Politik ist auch die Grundlage für die Festigung (!) der Unabhängigkeit (?), Demokratie und Neutralität Österreichs." Eine solche Politik schlägt die KPÖ vor. Sie geht keinen Zentimeter über die Grenzen der bürgerlichen Demokratie hinaus.

Gefährlicher, weil den 'gesunden, haushaltkenen Menschenverstand' ansprechend, sind die KP-Parolen zur Demokratisierung des Bundesheeres, die der 23. Parteitag beschlossen hat. So fordert sie: "Gegen die Zwangsverpflichtungen - sechs Monate Wehrdienst sind genug!" und "Demokratisierung, Entfernung aller antidemokratischen Kräfte und Tendenzen aus dem Kaderpersonal." Das ist die berühmt-berüchtigte Politik der kleinen Schritte oder wie es der rosarote Sozialdemokrat Nenning vertritt: "Eine Politik im Rahmen des Möglichen." Die KP stellt sich gegen die Verschärfungen und mit dem Ziel vorwärts zu schreiten will sie sechs Monate Wehrdienst, wie vorher. Sie ist bestrebt die Auswüchse der kapitalistischen Herrschaft wegzuoperieren und deswegen vermeidet sie es peinlich grundsätzlich nein zum bürgerlichen Heer zu sagen. Statt dessen "Einschränkung statt Ausbau des Bundesheeres".

Für die KP gibt es keine Alternative zur bürgerlichen Herrschaft. Ihre Alternativen bewegen sich in ihren Rahmen und zielen auf den Grad(!)und auf die Intensität(!)der bürgerlichen Herrschaft ab. Von Kampfansage keine Spur. Der 23. Parteitag hat die KPÖ als das 'linke' Gewissen der SP bestätigt.

Auch die Frage des 'Eurokommunismus' wurde auf dem 23. Parteitag behandelt. Im "Bericht des ZK an den 23. Parteitag der KPÖ" begnügt sie sich vorwiegend ihre 'freundschaftlichen' Bindungen an die Sowjetunion zu bestätigen: "Die antikommunistische Propaganda teilt die kommunistischen Parteien in 'moskauhörige' und 'selbständigere' ein. Doch wir alle wissen, daß kein leitendes Zentrum in der kommunistischen Bewegung existiert. Und der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, unterstrich in seinem Referat auf der Festveranstaltung zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, daß es keinen Führungsanspruch der KPdSU gibt." Über eine derartige Unverfrorenheit kann man nur noch staunen. Und "seit einiger Zeit sind die antikommunistischen Kräfte unter dem Schlagwort 'Eurokommunismus', das sie erfunden haben, bemüht, Uneinigkeit zwischen den kommunistischen Parteien Westeuropas hervorzurufen und diese gleichzeitig gegen die Bruderparteien der sozialistischen Länder, insbesondere gegen die KPdSU auszuspielen." Und Genosse Muhri zerstreut jeden Zweifel: "Deshalb antworten wir, wenn man uns da und dort empfiehlt, daß die KPÖ eine sogenannte eurokommunistische Partei werden sollte: Nein, diesen Weg der Preisgabe unserer revolutionären Gesinnung und Prinzipien werden wir nicht gehen." Daß Santiago Carillo, Vorsitzender der KP Spaniens, anläßlich der Feiern der Oktoberrevolution in der Sowjetunion nicht reden durfte, wird von den Möchtegern-Leninisten der KPÖ geflissentlich unter den Tisch gekehrt. Offensichtlich ist eine inhaltliche Auseinandersetzung in der Partei und besonders mit der Parteibasis über die Frage des Eurokommunismus zu riskant. Deswegen erklärt man den Eurokommunismus für erfunden und die KPÖ als eine Partei mit revolutionärer Gesinnung. Ein wahrer Hohn, hat doch die KPÖ auf dem 23. Parteitag gezeigt, was wirtschaftliche und politische Vaterlandsverteidigung wirklich konkret heißt. Das ist der 'große Verdienst' des 23. Parteitages der KPÖ.

„Staberl" Niveau...

DIE TÄGLICHE ORF-MANIPULATION

Bei der Aufzählung der wahlwerbenden Gruppen der Grazer Gemeinderatswahlen führte der ORF am Samstag im Mittagsjournal auch den "Kommunistischen Bund" an - mit der erläuternden Bemerkung, es handle sich bei dieser Gruppe "fast ausschließlich um ehemalige Mitglieder der KPÖ..."

Wahr ist genau das Gegenteil. Es handelt sich bei dieser Gruppe um Maoisten, und darüber hinaus fast ausschließlich um unausgegorene Typen aus gutbürgerlichem Haus, die weder ehemalige noch gegenwärtige Kommunisten sind. Im ORF weiß man das natürlich auch. Aber man manipuliert trotzdem frisch drauflos.

'VOLKSSTIMME', 29.1.78

Zimperlich ist die KPÖ wirklich nicht, wenn's gegen Leute geht, die links von ihr stehen. Da kommt man über die primitivste Ebene selten hinaus. So werden gegen den in Graz kandidierenden KBÖ die primitivsten Vorurteile ins Treffen geführt. "Unausgegorene Typen aus gutbürgerlichem Haus"... man ist an Staberls "Langhaarige, die arbeiten gehen sollen" erinnert. Wirklich, eine famose "Einheitsfront"! KPÖ Hand in Hand mit Reaktionären aller Schattierungen, deren Auseinandersetzung mit den sogenannten "Linksradikalen" sich in wüsten Beschimpfungen über deren soziale Herkunft (Bürgersöhnchen) erschöpft.

Natürlich weiß man bei der KPÖ, daß das nicht stimmt. Aber das stört diese Herrschaften offenbar wenig, obwohl gerade die KPÖ ständig die Manipulation der Massenmedien - die wir selbstverständlich nicht leugnen wollen - im Mund führt, und ihr allerdings wahrhaft dämonische Eigenschaften andichtet. Aber irgendwie muß die KPÖ-Führung ihren Mitgliedern ja den ständig schwindenden Einfluß der Partei im Betrieb und bei den Wahlen erklären. Tatsächlich liegt die Ursache zum Großteil bei der KPÖ selbst. Was soll denn glaubwürdig an einer Partei sein, die ständig mit zweierlei Maß mißt? Die gegen linke Kräfte voll die bürgerliche Hetze übernimmt und gutheißt, nur gegen die KPÖ darf sie nicht gerichtet sein; die sich darüber aufregt, daß es die SPÖ prinzipiell ablehnt, mit ihr zusammenzuarbeiten, selbst aber stolz feststellt: "Keine Aktionseinheit mit Maoisten und Trotzkisten".

Bleibt nur noch zu erwähnen, daß die KPÖ in Graz ein gutes Drittel ihrer Stimmen verloren hat...



Ein rasches Ende der LiLi

Erst jetzt - relativ spät - gehen wir auf die Entwicklung der Linken Liste, an der wir uns seit dem September 1977 beteiligten, genauer ein. Nach dem faktischen Zusammenbruch der LiLi und der Flucht von Teilen der Basisgruppen und der Organisationen, stellen sich natürlich die Fragen: War diese Entwicklung unter den gegebenen Bedingungen eine zwangsläufige? Was waren die Fehler und gibt es noch Perspektiven?

DIE ENTSTEHUNG

Die Entstehung der LiLi drückte unserer Meinung nach eine positive Entwicklung innerhalb der extremen Linken aus - das Bedürfnis nach gemeinsamer politischer Arbeit, womit sowohl Diskussion, als auch Praxis gemeint ist. Der unmittelbare Anlaß für die Bildung waren die Hochschulwahlen im Mai 1977. Aber bereits davor, in der Bildung der Basisgruppen als auch im gemeinsamen Vorgehen gegen die Faschisten,wurde diese Entwicklung deutlich.

Wir halten den Versuch auf anstehende Probleme nach Möglichkeit gemeinsam zu reagieren an sich für richtig. Dies bedeutet allerdings für uns nicht die Einheit um jeden Preis zu suchen, was sowohl während des Kampfes gegen die ANR, als auch während der LiLi öfters angeklungen war. Ein Diskussionsrahmen, in dem konkrete Aktionen besprochen und diskutiert werden und die anstehenden Fragen inhaltlich besprochen werden, kann sich für die gesamte extreme Linke positiv auswirken.

Daß die LiLi,deren Hauptträger die Organisationen waren , gerade zu den HS-Wahlen gebildet wurde, ist kein Zufall. Dies zeigt auf, wie wichtig die gemeinsame Praxis für ein derartiges Bündnis ist. Ohne diese Praxis würde dieses Bündnis schnell zerfallen. Und schließlich war auch die fehlende Praxis ein wesentliches Element beim Zerfall der LiLi. Dies richten wir besonders an die Adresse der SOAK, die immer mehr ein Konzept eines reinen Diskussionszirkel entwarf , wobei wir hier selbstredend nicht dem Aktionismus ohne politische Diskussion das Wort reden wollen. Notwendig sind vielmehr beide - einander ergänzende - Faktoren.

DIE BEDINGUNGEN DIESER ENTSTEHUNG

Die anhaltende Ruhe in der Arbeiterklasse und die bei der Reform der Hochschule geschickt vorgehende Sozialdemokratie (verbunden mit einem gewissen Rechtstrend innerhalb der Studenten)beschränken die Bedingungen für eine linke Politik an der Universität. Denn einerseits ist eine Verbindung der linken Studenten mit Arbeiterkämpfen nicht möglich und daher kann auch andererseits die Unterstützung der Interessen der Arbeiterklasse 'nur' propagandistischer Natur sein. Solange sich also im Kräfteverhältnis der Klassen keine entscheidende Veränderung abzeichnet, kann es auch keine dauerhafte, starke linke Bewegung an der Universität geben, da die Studentenbewegung - wie jede andere kleinbürgerliche Bewegung - von den Kämpfen der Arbeiterklasse in letzter Instanz abhängig ist.

Die Sozialdemokratie geht bei der Reform der Hochschule - die im Wesentlichen eine Verschärfung des Studiums bedeutet - insoferne vorsichtig vor, als sie dies nicht 'in einem Aufwaschen' besorgt, sondern Schritt für Schritt die einzelnen Studienrichtungen reformiert. Während also z.B. in der BRD die Durchsetzung des Hochschulrahmenge.etzes - das eine ähnliche, nur politisch wesentlich schärfere Funktion erfüllen soll, wie die österreichischen Reformen - die Basis für einen bundesweiten Streit und damit die Möglichkeit für eine weitere Politisierung bot, wurde dies hierzulande geschickt umgangen.

Schon von diesen Ausgangsbedingungen gesehen, sind einer linken Bewegung an der Universität objektive Grenzen gesetzt. Grenzen, die man auch bei der 'besten' subjektiven Politik nicht überspringen kann.

Dies bedeutet nicht, daß die LiLi ohne politischen Klärungsprozeß, ohne daß zumindest eine Frage gezielt diskutiert worden wäre, enden mußte. Die obigen Feststellungen richten sich allein gegen einen Euphorismus, der besonders zum Zeitpunkt der ÖH-Wahlen stark verbreitet war.

"ANTIREFORMISTISCH UND ANTISTALINISTISCH" UND WAS DARAUS GEWORDEN IST

Bevor wir auf diesen selbst gestellten Anspruch der LiLi eingehen, ist es notwendig einige Worte zu unserem eigenen Verhalten gegenüber der LiLi zu sagen. Wir haben aus verschiedenen Gründen erst spät begonnen mitzuarbeiten. Die wesentlichsten Gründe sind in der geringen Erfahrung unserer Organisation bezüglich der Arbeit an der Universität, sowie der internationalen Diskussion und Auseinandersetzung an der wir beteiligt waren und die uns auch intern betraf, zu sehen.

Jedenfalls wurde das Verständnis von 'antireformistisch und antistalinistisch' der einzelnen beteiligten Organisationen und Basisgruppen niemals grundsätzlich diskutiert, obwohl es als gemeinsamer Ausgangspunkt ausgegeben wurde. Es stellt sich uns die Frage: Wozu dieser Mummenschanz, der für den konkreten Stand der LiLi nichts einbrachte? Stattdessen hätten die konkreten Aktivitäten und Diskussionen, d.h. ein konkreter Plan dafür festgelegt werden müssen.

Die Ereignisse im Sommer, zeigten wie notwendig so ein Plan (und natürlich auch seine in Angriffnahme) gewesen wäre. Denn außer den Genossen der APG arbeitete de facto niemand etwas. Und zu Semesterbeginn war weder in der allgemeinen politischen Diskussion ein Fortschritt erzielt worden,noch war klarer geworden, was denn sozialistische HS-Politik in der momentanen Situation bedeute, sowie was im anstehenden Semester zu tun sei. Verantwortlich für diesen Zustand sind natürlich in erster Linie die Organisationen.

Zu diesen Fehlern, die ein Funktionieren der LiLi verunmöglichten, kam dann die Verschärfung der Repression und die Auseinandersetzung zu den Fragen des individuellen Terrors. Hier traten zu den entscheidenden Fragen grundsätzliche Differenzen auf - Stellung zum individuellen Terror, Verteidigung der Genossen gegen den bürgerlichen Staat usw.

An diesen Fragen und Differenzen zerbrach die LiLi endgültig. Die rechten Teile der Basisgruppen - vor allem ein Großteil des 'Roten Börsenkrach' und andere Genossen, die heute in der IPAKO (1) organisiert sind, traten für einen Ausschluß der APG ein. Als Vorwand dazu, diente ihnen ein zweifellos vorhandener Ultimatismus der APG, sowohl in politischen, als auch in organisatorischen Fragen. Dies betrifft das Vorgehen gegen die Faschisten, als auch das Funktionieren der LiLi bezüglich Abstimmungen usw.

Der Bruch erfolgte ohne offene Diskussion über den Kampf gegen die Repression, die Verteidigung der politischen Gefangenen und die Fragen des individuellen Terrors. Wir glauben nicht, daß ein Bruch in diesen Fragen vermieden hätte werden können, sondern wir wollen damit sagen, daß eine vorhergehende inhaltliche Diskussion den Bruch politisch klar ausgewiesen hätte.

In unserem Beitrag im LiLi-Info 3 betonten wir die Notwendigkeit der Diskussion nach einem konkreten Plan. Doch auf der Sitzung, auf der dies diskutiert werden sollte, war die SOAK nicht anwesend und die GRM ging mit keinem Wort darauf ein, sondern wehklagte darüber, daß so wenige unorganisierte Genossen anwesend seien. Die GRM verließ schließlich die Sitzung mit der Bemerkung, daß eine weitere Diskussion 'sinnlos' sei. Damit war jede Möglichkeit für eine Weiterführung der LiLi, in welcher Form auch immer, abgeblockt.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Obwohl es an sich notwendig wäre, auf einige weitere Fragen einzugehen (wie die Vorstellungen der SOAK von der Entstehung eines revolutionären Pols, oder auf die IPAKO, als ein Ausdruck des Zerfalls der studentischen Bewegung), wollen wir in diesem Rahmen nur noch kurz die Politik der GRM kritisieren.

Drei Momente sind für diese Politik kennzeichnend:

1. Die GRM versuchte nie eine ernsthafte inhaltliche Diskussion zu führen.
2. Wenn sie Vorschläge für praktische Aufgaben machte, dann nur auf die unmittelbare Uni-Arbeit bezogen.
3. Diese Vorschläge lagen schließlich in der Regel auf einer unpolitischen Ebene.

Beispiele dafür sind der Plan, während des Sommers einen LiLi-Studienführer auszuarbeiten, oder eine Aktion gegen bestimmte Verschärfungen am Germanistischen Institut.

Wir lehnen derartiges natürlich an sich nicht ab, das Problem ist bloß, daß die GRM sich darauf beschränkte. Obwohl z. B. die Frage des Kampfes gegen die Repression im Zusammenhang mit dem Russell-Komitee von einzelnen FÖJ-Genossen in das LiLi-Plenum eingebracht wurde, ignorierte die GRM dies völlig. Ebenso wurden die Fragen im Zusammenhang mit der AKW-Bewegung nie diskutiert. Kurz gefaßt war die Politik dieser Organisation die, alles auf Hochschulspezifische Fragen zu reduzieren und dies noch dazu auf einer pragmatischen und technischen Ebene.

Deshalb ist die Politik der GRM in der LiLi zu kritisieren. Wenn man ihr organisatorisches Übergewicht in Betracht zieht, liegt der Schluß sehr nahe, daß es ihr darum ging, auf einer möglichst 'billigen' Ebene unorganisierte Genossinnen und Genossen für die Organisation zu gewinnen. Die Auswirkungen haben wir in der LiLi recht deutlich erlebt!

---

(1) IPAKO: Initiative für eine Politik zum Aufbau einer kommunistischen Organisation. Steht der Münchner "Marxistischen Studenten-Zeitung" nahe. Im wesentlichen Seminarmarxisten. In einer der letzten Ausgaben ihrer Zeitung, gingen sie zum ersten Male genauer auf die Repression ein und bemerkten 'tiefsinnig', da die Repression nun einmal zum bürgerlichen Staat gehöre, sei es völlig sinnlos sich dagegen zu wehren...

WELCHES ZIEL?

Antwort auf die Offenen Briefe von GRM und SOAK

Bevor wir unsere Vorstellungen und Vorschläge bezüglich einer möglichen Diskussion und Zusammenarbeit der extremen Linken in Österreich näher darstellen, wollen wir kurz auf die beiden Briefe eingehen.

Wir verzichten dabei mit Absicht auf eine längere Polemik, obwohl beide Briefe (wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise) durch ein hohes Maß an Ungenauigkeit, schwammige Ausdrucksweise und sinnlose Euphorie gekennzeichnet sind.

1. Die Widersprüchlichkeit des GRM-Briefes besteht vor allem darin, daß er einerseits nicht als Aufforderung zu einer Fusionsdiskussion gekennzeichnet ist, andererseits er aber keinen Grund angeben kann, warum die GRM nur mit den von ihr angesprochenen Gruppen diskutieren will. So wirkt der Brief wie die unausgesprochene Aufforderung zu einer Fusionsdiskussion, die aber inhaltlich nicht ausgewiesen werden kann. Die GRM tut eben einfach so, als wären die von ihr angeschriebenen Kräfte das sogenannte 'antireformistische und antistalinistische' Lager.

2. Vor allem der Brief der GRM ist voll von euphorischen Behauptungen, die allesamt nicht bewiesen werden können und in der Regel ohne jegliche politische Substanz sind. Der Brief spricht von einem "neuen Politikverständnis" bei Teilen der extremen Linken, ohne auch nur anzudeuten, worin sich dieses ausdrückt und inwiefern es sich vom "alten" Politikverständnis unterscheidet. Wenn die GRM davon spricht, daß in Österreich "ein Bedürfnis" nach "Einheit und Neuorientierung" der Arbeiterbewegung bestehen würde, kann man das ohne zu übertreiben, wohl nur als den literarischen Einstieg in die Faschingssaison werten. Wie sehr der Brief der GRM die tatsächlichen Gegebenheiten durch eine unsaubere Methode verwischt, zeigt folgende Passage mehr als deutlich: "Die vorangegangene Phase der radikalen Linken war eine Phase der politischen und ideologischen Differenzierung und Auseinanderentwicklung. Erstmals seither gibt es nun einen gegenläufigen Prozeß".

VSStÖ und SOAK sind Gruppen, die zu einer Reihe von Fragen noch keinen Standpunkt entwickelt haben, d.h. sie haben sich noch gar nicht programmatisch 'auseinanderentwickelt'. Der von der GRM gesichtete "gegenläufige Prozeß" könnte also nur von einem Verzicht auf die Entwicklung von eigenständigen Positionen geprägt sein, was aber nicht als positiv zu werten wäre. Die ausgesprochene Differenzierung und Auseinanderentwicklung gibt es tatsächlich nur zwischen der GRM und den Maoisten und unserer Organisation. Hier ist aber auch kein "gegenläufiger Prozeß" zu vermerken.

3. Allein die Tatsache, daß die GRM als "programmatische Übereinstimmung" ausschließlich eine Abgrenzung vom Reformismus und das Ziel des Sozialismus angeben kann, zeigt wie hohl und unausgewiesen der Anspruch ihres Offenen Briefes ist. Sie gibt am Anfang des Briefes als gemeinsamen Punkt der von ihr angesprochenen Organisationen eine gemeinsame "Entwicklung einer korrekten Stoßrichtung innerhalb der AKW-Bewegung" an, um dann bei den zu diskutierenden Punkten anzuführen: "Was ist die Bedeutung der Anti-AKW-Bewegung für Österreich?".

4. Der Brief der SOAK ist insoferne positiver einzuschätzen, als daß er klar ausspricht, daß alle Strömungen der extremen Linken an dieser Diskussion teilnehmen sollen und auch aufzeigt, daß die von der GRM selbst aufgestellten Kriterien eine Einschränkung nicht gestatten.

5. Der zentrale Punkt unserer Kritik an dem SOAK-Brief betrifft die Passage (Punkt 2), in der die Genossen ihr Ziel einer solchen Diskussion angeben.

"Wenn es gelingt, eine Diskussion und Zusammenarbeit zu entwickeln, die nicht nur Ausfluß einer kurzfristigen, durch die aktuelle Situation bedingten Taktik ist, dann könnte das bedeutend mehr als eine kurzfristige Fusion sein, nämlich ein wesentlicher Schritt in Richtung des Aufbaus eines revolutionären Pols. Allein so ein Pol könnte in Zeiten zugespitzter Klassenkämpfe genügend Attraktion auf oppositionelle Strömungen innerhalb der traditionellen Parteien der Arbeiterbewegung ausüben. Nur das massenhafte Abwenden der Arbeiter von ihren traditionellen Führungen und die Verschmelzung mit einem derartigen revolutionären Pol legt den Grundstein für eine revolutionäre Massenpartei. Dies ist daher unserer Meinung nach auch die grundlegende Richtung die zur Schaffung der revolutionären Partei führt, nicht jedoch die Erstellung eines Kerns, der langsam und linear stärker wird und ab einer gewissen Stärke sich dann zur Partei ernennt. Ohne die Diskussion vorwegnehmen zu wollen, ist die Aufgabe der Schaffung einer revolutionären Masseninternationale für uns ähnlich gelagert."

Erstens glauben wir nicht, daß diese Fragen heute für die extreme Linke im Vordergrund stehen und zweitens halten wir die von der SOAK vertretenen Ansichten für falsch. Allein die nebulose Bestimmung des "revolutionären Pols" verdient es näher beleuchtet zu werden. Dieser Pol ist also keine Partei, sondern er legt den Grundstein für diese. Was aber ist er dann? Eine lose Form von einigen Organisationen? Eine lose Bewegung, ohne organisierten Charakter, ohne demokratischen Zentralismus, also ohne bindende Politik nach Außen? Wie sollten derartige Gebilde die Loslösung der Arbeiter vom Reformismus erreichen können? Und vor allem ist dies ja eine politisch/inhaltliche Frage. Wenn der Pol keine Partei ist, welche Kriterien gibt es für seine Teilnahme? Ja kann es überhaupt Kriterien geben? 'Antireformistisch und antistalinistisch' können nicht ernsthaft als solche Kriterien ausgegeben werden. In Portugal standen im November 1975 'antireformistische und antistalinistische' Kräfte auf verschiedenen Seiten der Barrikaden! Jede zugespitzte Klassenkampfsituation wird ähnliches zeigen. Gerade in solchen Situationen entscheiden ja taktische Antworten - die sich von Tag zu Tag ändern können - über das Schicksal der Revolution. Wie eine Vereinigung von mehreren Organisationen dazu in der Lage sein soll - von einer losen Bewegung ganz zu schweigen - ist uns schleierhaft. Die SOAK präsentiert den gar nicht mehr so originellen Weg des zentristischen Parteiaufbaus.

6. Dieses Ziel ist nicht nur politisch falsch, sondern noch dazu unrealistisch. Mit der GRM und der IKL hat ja die SOAK Kräfte angesprochen, die sich zwar (zu Recht) nicht als die "Führung der österreichischen Arbeiterklasse" begreifen, die aber ihre Programmatik (dies gilt in den beiden Fällen auch für die Frage der IV. Internationale) als den methodisch richtigen Ansatzpunkt verstehen und logischerweise ihre Organisation, als Kern einer aufzubauenden Partei begreifen.

7. Natürlich wird die revolutionäre Partei nicht einfach durch ein lineares Anwachsen eines Kerns entstehen. Allein die Tatsache, daß es ja einige solcher Kerne gibt (vom Selbstverständnis her) würde dies in der Realität verhindern. Umschichtungen werden im Zusammenhang mit internationalen und nationalen Klassenkämpfen erfolgen und die Programmatik, sowie die taktischen Antworten jeder Organisation einer Prüfung unterziehen. "Revolutionärer Pol" wird und kann nur eine Organisation werden, denn wenn der Fall eintreten sollte, daß mehrere Gruppen auf entscheidende Fragen des Klassenkampfes zu gleichen taktischen Antworten kommen, wäre es kriminell nicht schleunigst zu fusionieren!

8. Eine endgültige, praktische Beantwortung all dieser Fragen ist heute nicht die Aufgabe. Wir sollten also darüber sprechen, welche gemeinsamen Schritte wir machen können. Eine Diskussion, wie sie die SOAK vorschlägt, würde de facto auf einen gemeinsamen Schulungszirkel (Marxismus/Leninismus/Trotzkismus) hinauslaufen.

Wir schlagen folgendes vor:

A) Die Diskussion kann auf keinen Fall nur von wenigen Vertretern der Organisationen getragen werden, da es sich um keine beginnende Fusionsdiskussion handelt und da das Interesse an derartigen Diskussionen den Rahmen der Organisationen überschreitet. Anzustreben sind vorbereitete öffentliche Diskussionen (Podiumsdiskussionen) an denen alle Strömungen der Linken teilnehmen sollen. Das würde der Herausgabe eines Diskussionsbulletins nicht hinderlich sein. Wir glauben aber, daß die schriftliche Diskussion allein nicht genügt und auf keinen Fall die alleinige Form der Diskussion und Auseinandersetzung abgeben soll. Schließlich sollen auch Genossinnen und Genossen zu Wort kommen, die nicht gleich einen schriftlichen Beitrag für das Bulletin schreiben wollen.



B) Die entscheidende Frage aber ist die des Zieles und des Inhalts der Diskussion. Wir glauben, daß eine Beschränkung auf abstrakte Themen - wie z.B. Parteiaufbau - keinen Fortschritt bringen würde. Das Diskussionsbulletin wäre dann ja nichts anderes als ein gemeinsamen Theoretisches Organ. Es gilt vielmehr darüber zu diskutieren, welchen praktischen Aufgaben (Aktionseinheiten) sich die Teilnehmer stellen können und ob - und wenn ja, wie - sie dies erreichen können. Hier wäre an den Kampf gegen die ANR anzuknüpfen, der vermutlich in der nächsten Zeit durch die Kanditatur der NDP bei den Wiener Gemeinderatswahlen wieder auf die Tagesordnung kommen wird. Generell glauben wir, daß jede Diskussion von den praktischen Aufgaben der Marxisten im internationalen und nationalen Rahmen ausgehen muß. Hier drängt sich eine Diskussion über die AKW-Bewegung, den 'Euro-Kommunismus', die Frauenbewegung und die 'Portugiesischen Lehren' auf. Das alles sind Fragen, die die Fragen des 'Leninismus' weit konkreter beantworten, als eine Diskussion mit Seminarcharakter. Nicht zuletzt wäre es die Aufgabe, Fragen der Repression und der möglichen Abwehr zu besprechen.

C) Sollte die Diskussion tatsächlich zustandekommen und nicht von Anfang an durch bornierte Organisationsinteressen blockiert werden, wäre auch darüber zu sprechen, ob die Teilnehmer sich über die Grundlagen einer gemeinsamen Kanditatur bei den kommenden Gemeinderatswahlen einigen können. Wenn dies realisiert werden könnte, wäre jedenfalls mehr in Richtung Zusammenarbeit getan worden, als dies mit der Herausgabe eines theoretischen Bulletins der Fall wäre.

D) Wir schlagen eine mündliche und schriftliche Diskussion über diese Fragen unter Einbeziehung aller Kräfte des sogenannten 'antireformistischen und antistalinistischen' Lagers vor und erklären unsere Bereitschaft, an Gesprächen über das Zustandekommen dieser Diskussion teilzunehmen.

Ende Jänner 1978

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE LIGA



Gemäß ihrer Programmatik und ihrem Anspruch als kommunistische Organisation hat die IKL mit November 1977 begonnen eine kontinuierliche und exemplarische kommunistische Praxis bei der ÖBB aufzunehmen.

Gerade die Tatsache, daß die Organisation sich noch auf dem Niveau einer Propagandagruppe befindet, erfordert die Aufnahme einer exemplarischen B&G-Arbeit.

a) Die Kommunisten bekommen direkten Kontakt mit der Klasse und werden mit deren täglichen Problemen im Betrieb konfrontiert. Sie müssen lernen, sich diesen Problemen zu stellen, sich dem direkten Druck der Klasse auszusetzen. Diese Einübung der Kader und der Gesamtorganisation ist eine notwendige Voraussetzung, um die weitere Verankerung der Organisation in der Arbeiterklasse zu erreichen.

b) Die exemplarische B&G-Arbeit soll die praktische Überlegenheit unseres kommunistischen Programms, wenn auch in Teilbereichen ("beispielhaft") unter Beweis stellen. Diese Arbeit ist ein notwendiger Bestandteil der Umgruppierungstaktik.

Unsere bisherige Arbeit bei der ÖBB bestand darin, zur Personalvertretungswahl zu intervenieren (siehe Flugblatt dazu) und mit der Herausgabe einer Flugschriftreihe 'für die Kollegen bei der ÖBB', der 'KLASSENFRONT', zu beginnen. Die B&G-Arbeit wird in der 'permanenten revolution' ihren Niederschlag finden - wir werden regelmäßig berichten und Teile der Flugschriften wiedergeben.

DAS GESICHT DER KLASSE ZUGEWANDT!

KLASSENFRONT



Flugschrift der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL) - für die Kollegen bei der ÖBB
Jän./Feb. Nr. 1

Lohnraub !

1. SOZIALPARTNERSCHAFT UND LOHNPOLITIK

"Die erweiterte Mitbestimmung....ist natürlich auch mit Mitverantwortung verbunden." So schrieb es Anton Benya in seiner Broschüre 'Gewerkschaften in der Gesellschaft von heute', um weiters zu behaupten, daß "wir" (Arbeiter und Unternehmer) "doch auf einem Ast sitzen, von dem beide herunterfallen müßten, würde man ihn durchsägen." Laut Benya gibt es keine Zweifel mehr: "...sie (die Arbeiter) bestimmen und verantworten mit in dieser Wirtschaft, in diesem Staat." Das Schicksal der Arbeiter wird an das der Unternehmer gekettet; der Klassenkampf wird daher verteufelt, die Klassengegensätze verschwinden unter dem Deckmantel der 'Partnerschaft'. Klassenkampf ist fortan das Recht der Besitzenden, die Klassengegensätze zum Ausgangspunkt aller Handlungen und des Denkens zu machen, Privileg der Ausbeuter. Des Arbeiters Interessen sind die der Besitzenden und der Ausbeuter. Seine Gesellschaft soll die sein, welche ihn ausbeutet und unterdrückt!
Daher gilt für die Lohnpolitik: "Der ÖGB muß zweifellos eine konjunkturpolitisch orientierte Lohnpolitik betreiben" und "die Lohnpolitik des Gewerkschaftsbundes ist nicht nur nach der Preisentwicklung, sondern auch nach einem möglichen wirtschaftlichen Wachstum und der Produktivitätssteigerung orientiert".
Benya stellt dazu seine berühmten 'Formeln' auf. "Nachdem in den letzten Jahren etwa 5% Reallohnzuwachs erzielt werden konnte, sollte in dieser schwierigen konjunkturellen Lage, die sich 1975 zeigte, das seinerzeit erklärte Ziel von etwa 3% im langjährigen Durchschnitt angestrebt werden."
Hier wird nicht mehr von den Bedürfnissen der Arbeiter, von ihrer Bedrängnis durch die Krise ausgegangen - das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft wird als oberstes Prinzip betrachtet, dem sich alles unterzuordnen hat; die Lohn- und Steuerpolitik, die Arbeitsplatzsicherung usw. Wie dieses nun von den Gewerkschaftsbürokraten in die Praxis umgesetzt wird, konnte man unlängst anschaulich bei den letzten Kollektivvertragsverhandlungen bei den Privatangestellten miterleben.

2. IM RAHMEN DER MITBESTIMMUNG WERDEN DIE WERKTÄTIGEN ZUR VERANTWORTUNG GEZOGEN!

Am 22.10.1977 war der Beginn der KV-Verhandlungen bei den Handelsangestellten. Als Angebot lag von der Gewerkschaft 7,5% (ursprünglich 8,5%) ab 1.1.1978, von den Unternehmern 4,5% ab 1.4.1978 vor. Aufgrund der damaligen Unmöglichkeit ein Übereinkommen zu treffen, wurden die Verhandlungen abgebrochen und von Seiten der Gewerkschaft wurde in Erwägung gezogen, Kampfmaßnahmen einzuleiten. Es wurde am 25.11. in Wien eine Betriebsrätekonferenz einberufen, auf der beschlossen wurde, einen Streik vorzubereiten und auf der weiters eine zentrale Streikleitung gewählt wurde. Zur selben Zeit wurde auch in Graz von der gesamtsteirischen Betriebsrätekonferenz ein Streikkomitee gewählt, ebenso in Oberösterreich und Kärnten. In einer Protestversammlung in Linz wurde die Unvermeidbarkeit von Kampfmaßnahmen betont. Die Gewerkschaft schien bereit zu sein für ihre Forderungen zu kämpfen. Ein gewisses Maß an Kampfbereitschaft unter den Handelsangestellten war ebenfalls vorhanden, zählen sie doch in Österreich zu den 'billigen Arbeitskräften' und konnte der Handel noch dazu im vergangenen Jahr eine Umsatzsteigerung von 12% erzielen. Beunruhigt durch die Vorgänge appellierte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten Dallinger an die Unternehmer: "Die Unternehmer müssen wissen, welche große Verantwortung sie durch einen Arbeitskonflikt vor Weihnachten gegenüber den Konsumenten auf sich nehmen." Die Unternehmer scherten sich aber einen Dreck um 'Verantwortung', 'Weihnachten' und 'Konsumenten'. Ihr Blick war nur auf die Durchdrückung ihrer Forderungen - auf den Lohnraub und dadurch die Profiterhöhung - gerichtet. Bundeswirtschaftskammer-Mussil forderte doch schon vor dem Verhandlungsbeginn "eine härtere Gangart", die Lohnverhandlungen um **3** Monate zu verschieben, dann "überhaupt keine Lohnerhöhung" und schließlich wiederum eine "Erholungspause" durch "Lohnaufschub". Letzte Weisheit von ihm, die dann auch konsequent in allen Lohnverhandlungen angewandt worden war: 5% Lohnerhöhung seien genug, da Inflation für nächstes Jahr laut Prognose nur 5% betragen wird. (Daß Lohnerhöhungen immer rückwirkend gelten, also von der Inflationsrate des abgelaufenen Jahres ausgegangen werden muß, ist nur ein Detail am Rande!)
Die Unternehmer blieben hart. Ihre Forderungen waren klar: Reallohnverlust (4,5%) und Lohnaufschub (1.4.1978).
Die Betriebsrätekonferenz plante den Streik für den 3.12.1977. Am 1.12. wurde eine Betriebsrätekonferenz einberufen, die über

den Streik entscheiden sollte. Ihr blieb aber nichts mehr anderes zu tun übrig, als einen Abschluß, der einen klaren Reallohnverlust bedeutet, kritiklos anzunehmen. Wenige Stunden später - gerade noch rechtzeitig vor Beginn der Betriebsrätekonferenz ging das Verhandlungskomittee nähmlich auf eine Vereinbarung ein, die eine KV-Lohnerhöhung von 5,8% mit Geltungstermin 1.Jänner brachte. Dieses Verhandlungsergebnis bedeutete eine eindeutige Niederlage für die Handelsangestellten. Es konnte zwar der Lohnaufschub verhindert werden, aber dies bedeutet lediglich die Erhaltung von bereits Erkämpften. Dieser Lohnabschluß wirkte auch wegen des drohenden Imponiergehabens der Gewerkschaftsbürokratie, demoralisierend auf die Handelsangestellten. Man stand 'Gewehr bei Fuß', und bekommt von der eigenen Führung den 'Todesstoß'!

3. DIE GEWERKSCHAFTSBÜROKRATIE

Die Gewerkschaftsführung konnte mit ihrer Lohnpolitik, die von dem Gedanken der Sozialpartnerschaft ausgeht, den Angriffen der Unternehmer in keiner Weise Parole bieten. Was soll denn ein Gewerkschafter den Unternehmern entgegenhalten, ist er doch angesichts der Benyas gänzlich entwaffnet, vertritt doch die Gewerkschaftsbürokratie ähnliche Inhalte. Dazu wiederum Benya: "Aber ich gebe ohne weiteres zu, daß eine Einbremsung erfolgen muß"; "insgesamt werden aber die Einkommen sehr langsam wachsen"; und "aber jetzt könnte man die Lohnverhandlungen wieder in längeren Zeiträumen führen." In Benyas Äußerungen wird Lohnraub und Lohnaufschub vorbereitet. Die Gewerkschaftsbürokraten entpuppen sich als die Aufseher der Unternehmer. Sie haben in deren Interesse zu handeln, die Arbeiter unter Aufsicht zu stellen und diese Kontrolle auch notfalls mit radikalen Worten und kastrierten Kampfmaßnahmen bei Unmut und Protest unter der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten. Zu diesem Zweck ist jede Form der Demokratie innerhalb der Gewerkschaften erstickt worden. Keine Diskussion unter den Arbeitern und Angestellten über Lohnvorschläge, keine Wahl des Verhandlungskomittees, daher keine Kontrolle der Werktätigen über dieses Komittee, keine Urabstimmung über den Lohnabschluß. Über den möglichen Streik erfährt man über Presse und Rundfunk. Die Betriebsräte stützen sich nicht auf ihre mobilisierten Kollegen. Die Bürokraten sind die Herren im Hause! Vor den selbsttätigen Arbeitern und Angestellten haben sie panische Angst. Kurz vor 12 wurde eine Vereinbarung getroffen - die Situation ist gerettet, der Streik bleibt aus. Daß dabei systematisch der Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten preisgegeben wird, spielt für sie absolut keine Rolle!

4. HANDELSANGESTELLTE NUR DIE ERSTEN!

Doch die Handelsangestellten waren nicht die einzigen, oder vielleicht nur eine Ausnahme. Zur selben Zeit fanden nämlich die KV-Verhandlungen der Zeitungsangestellten, der Versicherungsangestellten und der Textilarbeiter statt; und alle Vereinbarungen brachten Reallohnverluste.
Die Zeitungsangestellten: Die Gewerkschaft forderte ursprünglich 11,5% und mindestens 1.050 Schilling. Dazu ist zu sagen, daß die Zeitungsangestellten unter den Industrieangestellten fast ganz am Ende liegen und in den vergangenen Jahren um 30% zurückgeblieben sind. Die Unternehmer boten 6,5% mindestens 450 Schilling und eine Laufzeit von 15 Monaten an. Zwei Verhandlungsrunden wurden ergebnislos abgebrochen. Schließlich gibt die Gewerkschaftsbürokratie nach!
Die Textilarbeiter: Die Gewerkschaft forderte 9% auf die Ist-Löhne und 10% auf die KV-Löhne. Die Unternehmer bieten 2,5% auf die Ist-Löhne und 3% auf die KV-Löhne. Die Textilarbeiter, ohnehin schon hundsmiserabel bezahlt, werden mit 4,8% auf die Ist-Löhne und 5,8% auf die KV-Löhne abgespeist. Noch dazu tritt der Kollektivvertrag erst mit 1. Jänner in Kraft, womit der Wirksamkeitstermin um 2 Monate überzogen wurde.
Schließlich die Versicherungsangestellten: Zur Einleitung - die Gewinne der Versicherungen stiegen unaufhörlich. So z.B. vom 1. Quartal 1975 bis auf das 1. Quartal 1976 um 17,2%; dazu kommt noch das Bonus-Malus-System, wodurch die Gewinne wieder kräftig gestiegen sind. Die Gewerkschaft forderte 9,6% mit Geltungsbeginn rückwirkend mit 1. Nov. Die Unternehmer bieten 5,2%. Es kommt zu keinem Abschluß, und 'wegen der Höhe der vorgebrachten Forderungen', werden die Forderungen vom Lohnunterausschuß der Paritätischen Kommission an die 'große Paritätische' (alles Sozialpartnerschaftsgremien) verwiesen. Die Unternehmer verzögern; die Gewerkschaft spricht eine Streikdrohung aus; ein zentrales Streikkomittee wird eingerichtet, Streikposten wurden bestimmt, und.....der Streik wurde abgesagt - wegen eines Abschlusses von 6% mit Geltungsdauer des neuen KV-Vertrages von 14 Monaten. Die einberufene Betriebsrätekonferenz nimmt den Abschluß an. Das Abstimmungsverhältnis ist: 73 dafür, 40 dagegen und 10 enthielten sich der Stimme. So manches Mitgliedsbuch der Gewerkschaft wird zurückgegeben!
Alle Lohnverhandlungen haben eines gemeinsam. 1) Die Versuche der Unternehmer den Lohnabschluß unter die Inflationsrate zu drücken und einen Lohnaufschub zu erwirken; und 2) das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie, das darauf hinausläuft, kampflos vor den Unternehmern zurückzuweichen und gleichzeitig durch stumpfsinniges Anwenden der Streikdrohung, die ohnehin nur dazu dient, die Werktätigen unter ihre Kontrolle zu halten, Ausbrüche zu verhindern!

Russell-Komitee und Kampf gegen die Repression

Das Österreichische Russell-Komitee besteht und arbeitet nun schon seit längerer Zeit und hat auch schon die erste Ausgabe des Informationsbulletins herausgegeben (das zweite Informationsbulletin erscheint in Kürze).

Neue Arbeitsgruppen wurden gebildet - AG Faschismus und AG gegen die Unterdrückung im Ausbildungsbereich - und zwei Plenas des Komitees fanden statt, auf denen es zum Beginn einer Diskussion über die Politik der RAF gekommen ist und auf denen die laufenden technischen Fragen, sowie die Berichte der einzelnen Arbeitsgruppen besprochen wurden.

Nach all den Wochen stellt sich wieder einmal die Frage, was die einzelnen Organisationen der extremen Linken von einer Beteiligung am Komitee abhält (unsere Organisation nimmt ja als einzige daran teil). Die längst abgedroschene Demagogie, nach der das Komitee 'nur' die politischen Gefangenen verteidigen würde, ist allein durch die Gründung der neuen Arbeitsgruppen widerlegt. Gerade die AG gegen die Unterdrückung im Ausbildungsbereich soll auch die Berufsverbote behandeln, sowie die Verschärfung der Repression an der Universität, den Berufsschulen usw.

Wie absurd die Situation ist, läßt sich leicht mit dem folgenden Beispiel verdeutlichen. Als Ergebnis einer Aktionseinheit wurde von allen Gruppen der extremen Linken ein Flugblatt gegen die Verschärfung der Repression an der Universität beschlossen und verteilt. Ungefähr zum gleichen Zeitpunkt wurde eine Aktionseinheit zur Gründung der AG gegen die Unterdrückung im Ausbildungsbereich einberufen (deren Aufgabe genau auf dieser Ebene liegt), zu der zwar erfreulicherweise einige unorganisierte Genossinnen und Genossen kamen, aber von den Organisationen niemand erschienen war... Hier zeigt sich deutlich, wie ernst es den meisten Organisationen ist, wenn sie von einer Bekämpfung der Repression sprechen.

Generell kann man sagen, daß es noch nicht gelungen ist, ein geschlossenes Vorgehen gegen die politische Unterdrückung zu erreichen. Die politischen Prozesse gegen zwei Antifaschisten beweisen dies leider. Keine Aktionseinheit wurde von den informierten Organisationen einberufen, sondern bloß in einem FÖJ-Mitteilungsblatt konnte man einen Brief der GRM lesen, in dem die FÖJ aufgefordert wurde, eine Protestresolution zu schreiben... In der 'rotfront' stand erst etwas von einem Prozeß, als dieser seinen ersten Tag schon hinter sich hatte! Das bedeutet nichts anderes, als das Teile der Linken an einer möglichsten Breite gegen solche Einschüchterungsprozesse gegen Antifaschisten nicht interessiert sind.Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß es gerade jene Teile der Linken sind, die ansonsten immer wieder von der 'Breite' sprechen.

Mit dieser Ausgabe der 'permanenten revolution' beginnen wir mit einer ständigen Rubrik 'Russell-Komitee und Kampf gegen die Repression', in der wir neben Berichten, auch unsere politischen Stellungnahmen (und die des Spartacusbundes), sowie Dokumente zu allen Aspekten der politischen Repression bringen werden. In der nächsten 'permanenten revolution' werden ein Dokument des deutschen Verfassungsschutzes zum Russell-Tribunal, sowie die Stellungnahme des Spartacusbundes zur Entwicklung des Kampfes der BRD-Linken gegen die politische Unterdrückung enthalten sein. Geplant ist ferner ein Artikel zu den 'Wundern von Stammheim'.

POLITISCHE PROZESSE

DER § 282: ER BAHNT SICH SEINEN WEG!

Am 21. Dez. 77 fand ein von der fortschrittlichen Bewegung kaum beachteter Prozeß gegen den Antifaschisten R.B. (Bauböck) im Wiener Landesgericht statt.

Die Staatsanwaltschaft erhob gegen diesen Genossen Anklage aufgrung des § 282. Konkreter Anlaß: die erste militante antifaschistische Aktion gegen die ANR am 30. 3. 1977, die die Nazis von der Uni-Rampe vertrieb. Es war und ist klar, daß die Justiz alles daran setzen würde, um die anti-faschistische Bewegung zu kriminalisieren. Der für die bürgerliche Justiz erfolgreiche Prozeß gegen Pühringer, der mit seiner Verurteilung endete, war nur der Beginn. Er hat nun seine Fortsetzung in der Anklageerhebung gegen R.B. gefunden. Ein weiterer Prozeß gegen einen Antifaschisten wegen "Körperverletzung" rundet dieses Bild ab.

Es ist kein Zufall, und auch nicht auf zeitraubende Recherchen der Justiz zurückzuführen, daß diese Prozesse in der heutigen Situation geführt werden. Die Justiz erwartet sich keine Solidaritätsbewegung und kann deswegen risikoloser vorgehen. Die Haltung, des durch die verstärkte Repression und Terrorhetze eingeschüchterten und verschreckten Teils der Linken, kommt ihr dabei entgegen. Daß nur 7 (!) Linke in der ersten Verhandlung gegen R.B. anwesend waren, dürfte wohl trotz Weihnachtsstimmung alles sagen!

Der § 282 hat wieder einmal gezeigt wessen Geistes Kind er ist. Die bürgerliche Justiz beginnt sich seiner Anwendung zu gewöhnen. Was wir zunächst verhindern müssen ist die Gefahr, daß sich auch die fortschrittliche Bewegung und die extreme Linke daran gewöhnt. Anzeichen dafür sind genug vorhanden. Wir dürfen diesen Gummi(knüppel)-Paragraphen nicht einfach hinnehmen, ihn nur als gefährlich registrieren. Das kann keine Kampffront ersetzen! Der § 282 muß weg! Das ist unser Ziel und unsere Aufgabe. Und es gibt kein besseres Mittel und keine andere Möglichkeit, den § 282 wirkungsvoll auf's Korn zu nehmen, als eine gemeinsame und einheitliche Front gegen die Unterdrükkungs- und Disziplinierungsbestrebungen des bürgerlichen Staates.

Der 282er-Prozeß gegen den Genossen R.B. ist lächerlich und operettenhaft von der Justiz aufgezogen worden. Am ehesten beweist sie noch bei der Wahl der Zeugen der Staatsanwaltschaft ihre Ernsthaftigkeit. Die 2 JESler Hartig und Krones, ein ANRler, ein Stapo-Spitzel. Als Beweis für die "Überparteilichkeit" der Justiz entblödete sich die Staatsanwaltschaft nicht, einen Antifaschisten als Zeugen zu nominieren, dem dann der Staatsanwalt auch nur eine einzige Frage stellte, ob er denn nicht auch einen Prozeß erwarte. Selbstverständlich wußte er es. Nur der Richter sollte es auch erfahren, damit...! Die Hauptzeugen, die beiden JESler, bestätigten, daß Parolen wie "Haut die rechten Schweine nieder", "Tod den Faschisten", "Sammeln, geschlossen vorgehen" durch ein oder mehrere Megaphone ausgegeben worden sind. ANR-Wahlkandidat R. Brand glaubte gar die Parole "Steckt die Nazis in die Gaskammer" gehört zu haben. Wenn Nazis über Gaskammern sprechen...!

Höhepunkt waren die übereinstimmenden Aussagen der drei "Zeugen" von JES und ANR, daß sie nicht wüßten, wer diese Parolen tatsächlich verbreitet hat. Die Justiz hat es sich diesmal zu leicht gemacht. Keine einzige belastende Aussage gegen R.B., die der Richter gegen R.B. verwerten könnte, außer der, daß er Antifaschist ist. Wir werden sehen ob dieser "Grund" ausreicht. Der Prozeß wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Eine Verurteilung ist aber relativ unwahrscheinlich, Solidarität trotzdem notwendig! Es geht genauso wie im Fall Pühringer gegen die anti-faschistische Bewegung. Und der § 282 ist jene Klinge der Rechtssprechung, die scharf genug ist, um zu jeder Gelegenheit an der fortschrittlichen Bewegung angesetzt zu werden. Wenn sich die Justiz im Prozeß gegen R.B. auch lächerlich macht. Der § 282 ist es nicht. Deswegen:

- Gegen die Kriminalisierung der antifaschistischen Bewegung
- Einstellung des Prozesses gegen R.B.
- Kampf dem § 282
- Weg mit dem § 282



Ein weiteres Nachspiel des 3o. März

Erinnern wir uns kurz zurück: am 30. März 1977 vertrieben ca. 150 bis 200 Antifaschisten die immer frecheren Nazis von der ANR. Nach Pistolenschüssen des Faschisten Gasser, kam es zur physischen Auseinandersetzung, bei der die Nazi den Kürzeren zogen - und die Staatsorgane zu spät kamen. Dieser Sieg der militanten Antifaschisten soll - so scheint es zumindest nach den Prozessen gegen Püringer , Bauböck und nun Werthner - auf der Rechtsebene rückgängig gemacht werden. Dabei spielen Faschisten und Staatsorgane Hand in Hand, geht es doch darum, Linke zu disziplinieren, einzuschüchtern und das gesamte antifaschistische Lager zu ermahnen und zu warnen.

Das wird auch beim Prozeß gegen H.W. ganz deutlich. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, einen Faschisten - nämlich den Pistolenschützen Gasser - leicht verletzt zu haben. Weiters bezieht sich die Anklage noch auf den Punkt der Beschädigung fremden Eigentums - der Zerstörung von ANR-Plakatständern. Sämtliche Zeugen der Staatsanwaltschaft sind Mitglieder oder aktive Sympathisanten der ANR.

Tatsächlich baut die Anklage, beinahe schon üblich in Gerichtsverfahren gegen Antifaschisten, auf Sand auf. Die Nazi-Zeugen Brand, Kment und Pathy widersprechen sich in allen wichtigen Aussagen. Sie treffen sich wieder dort, wo es geht, H.W. als Täter zu identifizieren. So soll H.W. nur mit Händen einen Plakatständer zerstört haben, laut Pathy. Brand wiederum sah H.W. mit einem Pelzmantel angetan gegen Gasser in Aktion. Nicht nur ein wahrer Herkules, ein reicher noch dazu! Keine Aussage ist den Nazis zu blöd, um vorgebracht zu werden. Umso provokanter ist dann auch ihr Auftreten im Zeugenstand und als Zuhörer im Gerichtssaal. So notierten sie die Anschrift eines Zeugen der Verteidigung.

Ebenso provokant das Auftreten der Richterin und der Staatsanwältin, die versuchten, den Zeugen der Verteidigung mit der Drohung einer strafrechtlichen Verfolgung wegen falscher Zeugenaussage (!) einzuschüchtern. Der Prozeß wurde mit der Nennung zweier neuer Zeugen vertagt. Kennzeichnenderweise beantragte die Staatsanwältin die Einvernahme des Nazi-Schützen Gasser.

Die Hetze zeigt Wirkung

BERUFSVERBOT FÜR RECHTSANWALT FUNKE GEFORDERT!

Ein schier unglaublicher Vorgang wurde aus Österreich bekannt.
Der Verteidiger von Verena Becker, RA Heinz Funke aus Frankfurt, hat Anfang Dezember auf einer Veranstaltung der Wiener Russell-Vorbereitungsgruppe einen Beitrag zur politischen Verfolgung Andersdenkender in der BRD gehalten. Über diese Veranstaltung wurde - sinnentstellend - auch in der Wiener Presse berichtet. Darauf richtete der Präsident des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages, ein gewisser Dr. Schuppich, an die westdeutsche Anwaltskammer folgendes Schreiben, mit der Bitte, um Verfolgung eines Andersdenkenden:
"Wie Sie aus beiliegenden Fotokopien von Meldungen der Wiener Tagespresse ersehen, hat Rechtsanwalt Funke als Verteidiger der Terroristin Verena Becker an einer Veranstaltung an der Wiener Universität teilgenommen und dort einen Vortrag gehalten, wobei er sich für den "Massenterror" ausgesprochen hat. Ich erlaube mir daher, höflichst anzufragen, ob Heinz Funke derzeit zur Ausübung seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt berechtigt ist und stelle Ihnen anheim, geeignete Schritte gegen den Genannten wegen dieses Verhaltens einleiten zu lassen."
Dieses Individuum schrieb gleichzeitig an die westdeutsche Botschaft:
"Es wird um Bekanntgabe ersucht, ob der Botschaft der BRD diese Veranstaltung bekannt war und welche Schritte gegen das Auftreten des Genannten in Österreich unternommen werden. Mit gleicher Post ergeht an die Bundesrechtsanwaltskammer in Bonn die Anfrage, ob Heinz Funke derzeit berechtigt ist, seine Tätigkeit als Rechtsanwalt auszuüben."
Zu dieser Schweinerei ist ein Kommentar überflüssig.
(Aus Arbeiterkampf 120)

Daß Heinz Funke- als Anwalt- auf dieser Veranstaltung den Massenterror nie propagiert hat, wird wohl für jeden einigermaßen normal denkenden Menschen einsichtig sein. Daß diese Falschmeldung in der 'Kronenzeitung' erschienen ist, beweist bloß, daß diese Voraussetzung bei den Redakteuren dieses Schmierblattes keine Gültigkeit hat.

Ob Schuld oder Unschuld! Es geht um mehr in diesem Prozeß, wie in jedem anderen Prozeß gegen Antifaschisten. Es geht um das bürgerliche Recht, das uns zwingen will, von Aktionen gegen Faschisten abzulassen. Wir sollen ihre Aktivitäten widerstandslos zur Kenntnis nehmen - das ist die fatale Konsequenz der Paragraphen und der Prozesse! Das militante antifaschistische Lager darf sich dadurch nicht einschüchtern lassen. Die bürgerliche Justiz soll die Rechnung ohne uns machen. Das ist unsere Konsequenz aus den Prozessen gegen Antifaschisten!

Dazu gehört auch, diesen Prozessen seitens aller antifaschistischen Organisationen und fortschrittlichen Aktivisten erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Der Großteil der Linken scheint hier völlig daneben zu stehen. Wie beim Prozeß gegen R.B. waren auch bei diesem Verfahren nur GRM und IKL vertreten. SOAK, VSSTÖ-Bund, VSSTÖ-Wien, KSV, FÖJ und die Arbeitsgruppe "Politische Gefangene-politische Prozesse (!)" des Russell-Komitees glänzten durch Abwesenheit. Derzeit sind von diesen Gruppen Lippenbekenntnisse das höchste der Gefühle, was die durch die Justiz gefährdeten Antifaschisten von ihnen zu erwarten haben. Anstatt Lippenbekenntnisse zu üben, fordern wir alle angesprochenen Organisationen und Gruppen auf

1) durch ihre Teilnahme an den politischen Prozessen ihre Solidarität zu unterstreichen und zu beweisen, daß antifaschistische Einheit nicht vor dem Gerichtssaal aufhört,

2) in ihren Publikationsorganen über die politischen Prozesse zu berichten und gezielt an der Schaffung einer breiteren Gegenöffentlichkeit zu arbeiten,

3) alle Organisationen über Zeit und Ort von politischen Prozessen zu informieren (was nicht nur die angesprochenen Organisationen, sondern besonders auch die GRM betrifft und Aktionseinheiten für mögliche Gegenmaßnahmen einzuberufen),

4) politische Prozesse auch als Lernprozesse zu betrachten, besonders in Hinblick auf die Art und Weise der Gerichtsverfahren, erkennt man deren politische Auswertung als eine Selbstverständlichkeit an.

Das ist eine sich aus der heutigen Situation ergebende politische Notwendigkeit, deren Unterlassung sich früher oder später ganz sicher rächen wird. Leider müssen wir auch bei der GRM feststellen, daß sie es unterläßt eine Gegenöffentlichkeit herzustellen. Sie vermeidet peinlich Termin und Ort von Prozessen zu veröffentlichen, ein größeres Interesse zu schaffen, so daß nicht nur Organisationen, sondern in noch stärkerem Ausmaß Unorganisierten, die elementarsten Informationen fehlen. Es war aber auch unser Fehler, nicht schon vorher die Initiative ergriffen zu haben, sondern sich darauf zu verlassen, daß eh .... Offensichtlich nimmt uns diese Arbeit niemand ab!
Stellen wir diese Arbeit auf eine breitere Grundlage: zeigen wir - Organisationen und Unorganisierte - daß wir auch vor Gericht solidarisch sein können!

SOFORTIGE EINSTELLUNG DES PROZESSES GEGEN H.W.!
SOLIDARITÄT MIT ALLEN VON POLITISCHEN PROZESSEN BETROFFENEN!

INFORMATIONS-BULLETIN

DES

ÖSTERR. UNTERSTÜTZUNGS-KOMITEES FÜR EIN RUSSELL-TRIBUNAL ÜBER DIE REPRESSION IN DER BRD

JANUAR 1978 NR.1 PREIS S5.-

Prozeß gegen Faschisten Fehringer

Prügel-Nazi Fehringer wurde von einem Antifaschisten wegen physischer Bedrohung angezeigt. Im Landesgericht kam es am 20. Dezember 1977 zur ersten Verhandlung. Nach einem halbstündigen Interview Fehringers durch den Richter, wurde sie kurzerhand abgebrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Zeugen wurden erst gar nicht einvernommen. Nur eines wollte der Richter wissen: "Ich möchte von ihnen nur eine Frage beantwortet haben: bei welcher Organisation sind sie Mitglied oder Sympathisant?"

Offensichtlich schleicht sich die Praxis der unverfrorenen und offenen Gesinnungsschnüffelei in die Gerichtssäle ein. Noch dazu als sich die Tendenz feststellen läßt, daß die Gerichte immer mehr dazu übergehen, die antifaschistische Gesinnung von Zeugen als einen belastenden Tatbestand für die Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen zu ahnden.

Sofortige Aufhebung des Aufenthaltsverbots für Erol Sever!

Am 6.12.77 wurde Genosse Sever, ein türkischer Arbeiter, der aktiv gegen die Unterdrückung der ausländischen Arbeiter in Österreich eingetreten ist, in die Türkei abgeschoben.
Im "Bescheid über die Erlassung eines Aufenthaltsverbots" wird der Grund dafür ziemlich offen aufgezeigt: "Anläßlich einer Demonstration am 25.11.77 wirkte Sever mittels eines Megaphons als Einpeitscher von Sprechchören, z.B. rief er Parolen 'Weg mit dem reaktionären Ausländerbeschäftigungsgesetz' und 'Schluß mit den Schikanen der Fremdenpolizei'. Er hielt auch anläßlich dieser Demonstration die Abschlußrede in deutscher und türkischer Sprache, in der er gegen österreichische Gesetze, insbesonders gegen das Ausländerbeschäftigungsgesetz, Stellung nahm."

Weil Genosse Sever gegen die Unterdrückung der ausländischen Arbeiter und gegen die entsprechenden Gesetze eintrat, wurde er abgeschoben!!!

Für die Bourgeoisie ist die Tatsache, daß am 25.11. erstmals eine größere Demonstration von ausländischen Arbeitern gegen ihre Entrechtung, ihre unmenschliche Behandlung stattfand, wirklich besorgniserregend. Hat sie doch vor, in diesem Jahr an die 20000 ausländische Arbeiter abzuschieben!
Und dieser Plan gelingt nur , wenn es sich diese weiterhin gefallen lassen, wie Vieh behandelt zu werden, wenn sie sich nicht dagegen und gegen die Gesetze, die dies legitimieren, zur Wehr setzen. Deshalb die scharfe Reaktion des Repressionsapparates auf diese Demo und dabei natürlich auf die, in den Augen der Polizei, exponiertesten Genossen. Die Abschiebung Genossen Severs beweist dies genau:
In einer Nacht-und Nebelaktion festgenommen wurde er durchsucht und sofort in die Türkei abgeschoben. So politisch abgestempelt, wurde er von der türkischen Polizei dankend in Empfang genommen und wanderte sofort in den Knast... Bleibt uns nur mehr zu sagen: Bravo, die Zusammenarbeit zwischen der österreichischen Sozialdemokratie und der ausländischen Reaktion funktioniert fabelhaft. Von der Sozialdemokratie, die am 1. Mai "Brüder zur Sonne, Brüder zur Freiheit" und zu ganz besonderen Anlässen - 'unter sich'- manchmal noch die "Internationale" singt... Kommentar überflüssig. Lückenlos darein fügt sich der ÖGB, der nichts für die Rechte der "Fremdarbeiter" tut. Ein treuer Diener seines Herrn...

Doch wir dürfen diese Angriffe, die ein Angriff auf die gesamte Arbeiterklasse sind, nicht hinnehmen. Es gab bereits am 25.1. eine Solidaritätskundgebung gegen die Ausweisung. Inzwischen wurde ein Solidaritätskomitee gegründet, das sich gegen die Ausweisung des Genossen und darüberhinaus gegen die reaktionären Ausländergesetze richtet.
Wir müssen und werden auch die Arbeit des Komitees soweit wir können unterstützen!



ERGEBNISSE & PERSPEKTIVEN

THEORETISCHES ORGAN DES SPARTACUSBUNDES

Aus dem Inhalt Nr. 3

Unsere Einschatzung der Sozialdemokratie und unsere Taktik ihr gegenuber - Thesen zur Volksfront und Arbeiterregierung - Berichte und Diskussionen von der internationalen Konferenz von Lutte Ouvriere (Frankreich). Dokumente von Lutte Ouvriere zum Wahlkampf 1974 - Thesen zur Arbeitslosigkeit - Trotzkismus in Ceylon



"...Wegen ihrer tendenziösen Gewaltverherrlichung sowie auf Grund ihrer verfassungsfeindlichen Zielrichtung werden durch Verordnung des Bundesinnenministers sowie des Ministers für das Bildungswesen ab sofort und auf unbestimmte Zeit die Buchstaoen R, A und F aus dem Schrift-Deutsch entfernt."

Koalition gegen die Arbeiterklasse

16 Monate regierte Mario Soares mit seiner PS-Minderheitsregierung. Vor seinem damaligen Regierungsantritt zeigte er sich 'kompromißlos', und er lehnte im Mai 1976, einen Monat nach den Aprilwahlen, entschieden eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien PPD (heute PSD) und CDS ab - "weil die in den Augen der arbeitenden Bevölkerung nur das alte Regime mit den alten Privilegien wiedererrichten wollen, die unsere Revolution gerade abgeschafft hat ... Darum können wir, wenn wir weiterhin eine Politik der Linken machen wollen, mit diesen Parteien kein Bündnis eingehen."

Am Donnerstag dem 19.1.1978, sechs Wochen nachdem ihm das Parlament das Vertrauen verweigert hatte und er zurücktrat, bildete Soares mit der reaktionären CDS eine Koalitionsregierung. Die PS unterzeichnete mit einer der Parteien, "die in den Augen der arbeitenden Bevölkerung nur das alte Regime mit den alten Privilegien wiedererrichten will", einen auf zwei Jahre befristeten Koalitionspakt.

DIE PS-MINDERHEITSREGIERUNG

"Heute können wir selbst in Lissabon nicht mehr zu einer Demonstration aufrufen." Das hier von einem sozialdemokratischen Vorstandsmitglied selbst eingestandene Bekenntnis der Schwäche, signalisiert nur den Niedergang der PS, ist das Ergebnis der sozialdemokratischen Krisenpolitik, die zur Spaltung der PS, zum Verlust der Kontrolle über einen Großteil von Gewerkschaftsvorständen und zum Kampf der portugiesischen Arbeiterklasse gegen diese Krisenpolitik führte.

Uneingeschränktes Ziel der Krisenpolitik von Soares war es, die Investitionsbedingungen, bzw. Kreditbedingungen wieder herzustellen (So ist zB. die Investitionsrate von 1977 unter der von 1974 gelegen). Hierfür wurde der Escudo abgewertet und der Versuch unternommen, mit den herkömmlichen kapitalistischen Mitteln die Inflation einzudämmen. Die Arbeiterklasse wurde zur Kassa gebeten. Ihre Löhne und ihre Arbeitsplätze waren das Angriffsziel. So mußten die portugiesischen Arbeiter 20% Reallohnverlust (während die Lebenshaltungskosten um 31% gestiegen sind, davon die Nahrungsmittel um 33,9% und die Preise für Kleidung um 18%, verzeichneten die Arbeiter lediglich eine Lohnerhöhung um 11%) und 16% Arbeitslosigkeit hinnehmen.

Doch um 'das Vertrauen der Unternehmer' und damit die Investitionsbedingungen zu fördern, genügte es nicht nur die Lohnkosten drastisch zu senken, sondern es galt die portugiesische Arbeiterbewegung zurückzudrängen und die Errungenschaften, die die Arbeiterklasse nach dem Sturz der Diktatur sich erkämpft hatte und den 'normalen Ablauf' des kapitalistischen Produktionsprozesses beeinträchtigten und gefährdeten, zu beseitigen. Die Arbeiterklasse sollte diszipliniert werden!

Wir haben bereits in der 'permanenten revolution' Nr.11 ausführlich darüber berichtet, wie die Soares-Regierung die Angriffe gegen die Agrarreform und die Arbeiterkontrolle, bzw. Selbstverwaltung vortrug. Ergänzend seien hier noch die wichtigsten Gesetze des Soares-Kabinetts erwähnt.

Im Verlauf der portugiesischen Revolution ist es teilweise bis zur Doppelherrschaft im Betrieb, bis zur Übernahme der Betriebe durch die Arbeiterklasse gekommen. Die Kampfkraft der Arbeiter führte zu dem Absurdum, daß diese Doppelherrschaft - die Arbeiterkontrolle - gesetzlich verankert worden ist. Die, mit dem 25. November 1975 eingeleitete, Zurückdrängung der Arbeiterklasse bedeutete natürlich auch die Auflösung dieses labilen Zustandes im Sinne der Bourgeoisie. Diesem gesellschaftlichen Prozeß folgte ein Gesetz, welches die Arbeiterkontrolle in ein Gremium der Mitbestimmung umwandelte, das Geschäftsgeheimnis wieder einführte und das Einspruchsrecht der Arbeiterkommissionen bei Rationalisierungen abschaffte. Um nun aber spontane Ausbrüche der Arbeiterkämpfe zu verhindern, wurden gesetzlich 'wilde Streiks' und Betriebsbesetzungen unter Strafe gestellt (die KP-Abgeordneten stimmten diesem Gesetz kritiklos zu). Weitere Zuchtgesetze gegen die Werktätigen sind: ein Dekret über Entlassungen, über die Entschädigung für Kapitalisten, über die Beschränkung des nationalisierten Sektors und schließlich das Agrargesetz Barreto.

WARUM ÜBERHAUPT PS-REGIERUNG?

Die PS zeigte sich am besten geeignet, die Angriffe gegen die Arbeiterklasse zu führen. Sie ging aus den Aprilwahlen als die stärkste Partei hervor, und das Kräfteverhältnis ließ für die Bourgeoisie auch gar keine andere Möglichkeit offen. Die Mehrheit der Portugiesen stimmte, wenn auch in noch so unbestimmter Form, für den Sozialismus. Soares konnte es sich daher damals auch nicht leisten, eine Koalition mit einer der bürgerlichen Parteien zu bilden. Das hat aber überhaupt nichts mit einer 'Politik der Linken' zu tun, die er weiter verfolgen wollte, sondern nur mit der Tatsache, daß die PS ihre Macht und ihren Nutzen für die Bourgeoisie aus der Unterstützung durch die Arbeiterklasse schöpft und sie dementsprechend ihre Verratspolitik, wollte sie nicht sofort in sich zusammenbrechen, der Stimmung innerhalb der Arbeiterklasse anpassen mußte. Deshalb auch der Slogan 'Sozialismus in Freiheit'. Die Geschäfte der Bourgeoisie konnte damals eine bürgerliche Partei, <u>die sich auf die Arbeiterklasse stützt</u> - eine SP-Alleinregierung - am besten lösen.

Schien es Soares und der Bourgeoisie damals opportun zu sein, auf die Stimmung innerhalb der Arbeiterklasse 'Rücksicht' zu nehmen, so hat sich die Situation heute grundlegend geändert. Der Wasserträger der Bourgeoisie hat seine Karten offen auf den Tisch gelegt, und er hat von Seiten der Arbeiterklasse die Rechnung präsentiert bekommen. 100 000 demonstrierten in Porto. 200 000 bis 300 000 in Lissabon; Generalstreik der Landarbeiter im Alentejo und weitere unzählige Arbeitskämpfe und Protestkundgebungen der Arbeiterklasse zog die Krisenpolitik von Soares nach sich. Sie führten dazu, daß die PS 'sich entleert hat, die Basis weg ist'. Und "nachdem sie ihre soziale Basis verloren hat, bleibt der SP nichts mehr, was sie auf den Tisch legen kann." (Lopes Cardoso [1]) Aus dieser Polarisierung der Kräfte - sowohl der Arbeiterklasse, als auch der Reaktion - erwuchs, nachdem der Versuch, einen Sozialpakt abzuschließen gescheitert war, die Regierungskrise. Soares konnte in keiner Weise mehr die anstehenden Probleme der Kapitalisten lösen.

PS/CDS-KOALITION

Parlamentarischer Ausdruck all dessen war der Rücktritt von Soares. Das Risiko von Neuwahlen konnte die Bourgeoisie nicht eingehen, da die Wahrscheinlichkeit einer bürgerlichen Mehrheit eher gering war; CDS und PSD noch dazu verschiedene Antworten auf die Krise haben. Man mußte also eine Regierung aufgrund des alten Kräfteverhältnisses bilden, die aber nur mit der PS zu realisieren war. Und hier zeigte sich, daß jeder Lösungsversuch einen extrem unsicheren Charakter aufweist und vorerst die Aufgabe hat, die parlamentarische Quatschbude wieder funktionsfähig zu machen und, gestützt auf die CDS, die Angriffe gegen die Arbeiterklasse fortzusetzen. Die PS als 'internationalistische' Partei koaliert mit der "Partei der amerikanischen Bankiers" - mit der CDS!

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß der "äußerste Gebrauch des bürgerlichen Repressionsapparates ... zum Begriff der Sozialdemokratie" gehört. Dies ist nun aber die einzige Möglichkeit, die die PS im Verein mit der CDS (neben einem Sozialpakt) hat. Eine 'stabile' Regierung darzustellen, ist gleichzeitig aber eine permanente Gefahrenquelle, die zum Sturz dieser Regierung führen kann! So war zum Beispiel dann auch eine erste gemeinsame Erklärung die, daß man sich darüber klar ist, das Agrargesetz Barreto auf Gedeih und Verderben durchzusetzen.

DIE PCP

Die kommunistische Partei hat durch die Regierung Soares und trotz ihrer eigenen Politik einen gewaltigen Aufschwung genommen. Ihre Mitgliederstärke beträgt derzeit 150 000; vom August bis November 1977 hat sie zB. 17 971 neue Mitglieder gewonnen. Fast gänzlich sind die Gewerkschaftsvorstände unter ihrer Kontrolle. Die Werktätigen strömen in die PCP. Umso wichtiger ist daher ihre Politik:

"Die PCP wird selbstverständlich auch weiterhin alles unternehmen, um zu Vereinbarungen mit den Sozialisten und mit allen demokratischen Kräften des Landes für die Ausarbeitung einer Plattform zu gelangen, die die Bildung einer Regierung ermöglicht, welche die Verfassung respektiert und die demokratischen Errungenschaften des Volkes garantiert.", erklärte das Mitglied des ZK der PCP Georgette Ferreira, und meint damit eine "Regierung des nationalen Wohls", eine "Verfassungsmehrheit". Um die Realisierung dieser Regierungslosung - die 'Allianz der Linken' war schon längst wieder passe, wenn es um das 'nationale Wohl' geht, ist der Wortradikalismus Cunhals schnell vergessen- unternahm die PCP wirklich alles. Sie verzichtete darauf, ein neues Programm über die Agrarreform zu fordern, sie war sich darüber klar und sie stimmte dem auch zu, daß es zur wirtschaftlichen Stabilisierung eines Sozialpaktes bedarf und drosselte deshalb über ihre Gewerkschaftsführung die Kämpfe der Arbeiterklasse. Die PC und damit die CGTP-Führung lehnte es ab, zentralisierte Abwehrkämpfe einzuleiten. Ein Antrag auf einen eintägigen Generalstreik wird als "elende, reaktionäre und antikommunistische Provokation" abgetan. Die Arbeiterklasse soll sich in vereinzelten, isolierten Abwehrkämpfen den Schädel blutig schlagen. Was bleibt ist Solidarität auf Resolutionsebene. Daß die PCP nun aber so leicht abgefertigt werden konnte, hat zweierlei Gründe, die konträren Inhaltes sind:

1. Die Bourgeoisie wird nur dann die PCP in die Regierung hineinnehmen, wenn sie wirklich keine andere Wahl mehr hat, die Krise im Rahmen der 'Demokratie' ohne die Stalinisten zu lösen. Das heißt: der Klassenkampf sich bereits derart zugespitzt

hat, daß die Kapitalisten ihren zweiten Agenten innerhalb der Arbeiterklasse auf Regierungsebene zu Hilfe ruft, um die zur Macht drängende Arbeiterklasse in den Grenzen der bürgerlichen Demokratie und des kapitalistischen Privateigentums zu halten. Diese Situation ist aber in Portugal heute noch nicht gegeben.
a) ist die Angst vor der hinter der PCP stehenden kampfbereiten Arbeiterklasse größer als das Vertrauen, das die Stalinisten der Bourgeoisie mit ihrer Politik einflößen.
b) ist die Notwendigkeit dafür überhaupt nicht gegeben, da die Polarisierung ein derartiges Ausmaß nicht erreicht hat.
2. Die PCP als reformistische Partei war nicht gewillt und auch nicht fähig, eine revolutionäre Lösung anzubieten und dafür die Massen zu mobilisieren. Anstatt für eine Arbeiterregierung als Regierung des Kampfes der proletarischen Massen gegen die Krise, als Regierung gegen die Bourgeoisie, die von den Organen der Massen gestützt und auch kontrolliert wird, unmittelbar zu agitieren, löste sich die PCP nicht von ihrer penetranten Verfassungstreue, verpflichtete sich auf Gedeih und Verderb auf die 'freie Marktwirtschaft'.

Doch daß die Arbeiterklasse sich nun hinter der PCP gesammelt hat, bzw. bedeutende Schichten von ihr, und die Stalinisten ungehindert ihren Rechtskurs fortsetzen können, dafür trägt zum Gutteil auch die extreme Linke die Schuld.

DIE EXTREME LINKE

Von der einst stärksten extremen Linken in Europa ist heute nicht mehr viel übrig geblieben. Laut Berichten des 'Vereinigten Sekretariats' gibt es nur drei Organisationen, die so schlecht und recht funktionieren. Da ist einmal die PCP(R) und ihre 'Frontorganisation' UDP (auf Albanien orientierte Mao-Organisation), mit rund 2000 Organisierten die größte Gruppe, die von sich selbst behauptet, daß "die Arbeiterklasse in der Führung der PCP(R) ihre besten Söhne erkennt ..."

Dann die MES, die seit Juli ihre Zeitung 'Poder Popular' nicht mehr herausgebracht hat und die sich in einem Zustand der völligen Handlungsunfähigkeit befindet.

Und dann die LCI - Sektion des 'VS', die heute 300 Mitglieder zählt. Auf ihre Politik werden wir nächstens genauer eingehen.

Von den Organisationen wie der MSU, LUAR, FSP und anderen Gruppen, findet man heute keine Spur mehr. Die portugiesische Linke hat einen hohen Tribut für ihre Fehler bezahlen müssen. Es ist höchste Zeit, die notwendigen Lehren daraus zu ziehen. Wer keine klaren Positionen zum Reformismus bezieht, wer sowohl opportunistisch gegenüber der KP als auch sektiererisch gegenüber der SP Politik betreibt, der wird zwischen den Mühlrädern der Revolution zermalmt werden! Die extreme Linke Portugals ist der beste Beweis dafür.

1) Lopes Cardoso: Ehemaliger Landwirtschaftsminister des Soares-Kabinetts, der mit einem Großteil der Gewerkschaftsfunktionäre, mit Abgeordneten und einigen Vorstandsmitgliedern die PS verlassen hat. Am 28./29. Jänner 1978 traten 600 Delegierte unter Führung Cardosos in Lissabon zusammen und gründeten die "Linksunion für die sozialistische Demokratie".

BRUDERKRIEG IN INDOCHINA?

'Klammheimliche Freude' kann man es sicherlich nicht nennen. Das ist schon ganz offene, zynische Freude, was die bürgerlichen und sozialdemokratischen Journalisten angesichts der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Vietnam und Kambodscha zur Schau tragen.

Für Marxisten ist eine erste Stellungnahme zu diesen Kämpfen schon deswegen nicht als endgültig anzusehen, weil die ohnehin spärlichen Informationen fast ausschließlich aus bürgerlichen Quellen stammen - hier sei an die Greuelberichte westlicher Geheimdienste über Kambodscha erinnert.

DEFORMIERTER ARBEITERSTAAT UND NATIONALISMUS

Wir müssen davon ausgehen, daß es sich sowohl im Falle Vietnams, als auch in dem Kambodschas um deformierte Arbeiterstaaten handelt, d.h. um Staaten, in denen eine Bürokratie auf der Basis nichtkapitalistischer Produktionsverhältnisse die Macht ausübt. Bei Vietnam ist dies leicht einsichtig, da mit dem Sieg über den US-Imperialismus (was gleichbedeutend war mit der Zerschmetterung der vietnamesischen Bordell-Bourgeoisie), der Süden des Landes dem Norden angeschlossen wurde (wenngleich dieser Anschluß noch nicht vollständig abgeschlossen sein soll), was gleichbedeutend mit der Übernahme der Macht durch die nordvietnamesische Bürokratie war. Die Zerschlagung des Marionetten-Regimes von Lon Nol durch die 'Roten Khmer' und deren Machtübernahme kann nicht anders gedeutet werden. Die Geschichte der kolonialen Revolution kennt viele Beispiele dafür, daß im Namen des Sozialismus eine Fraktion der nationalen Bourgeoisie, unterstützt von einem imperialistischen Staat, einen 'nationalen Befreiungskrieg' gegen den herrschenden Imperialismus und sein Marionettenregime führt, bloß um ein neues Marionettenregime zu errichten. Im Falle Kambodschas gibt es jedoch keine Anzeichen, die eine solche Annahme zulassen. Allein die ziemlich rigide Abschließung des Landes spricht eindeutig dagegen. Diese Abschließung hat natürlich auch ihre ökonomischen Ursachen in der Errichtung eines Außenhandelsmonopols, welches allein das Überleben des neuen Staates garantieren kann. Die Bürokratie des deformierten Arbeiterstaates ist aber deswegen ein Feind jedes wirklichen proletarischen Internationalismus (der dem Außenhandelsmonopol, das sich gegen den Imperialismus richtet, keineswegs entgegenstehen würde), weil die freie und offene Diskussion mit allen Strömungen der internationalen Arbeiterbewegung, die praktische gegenseitige Hilfe und Solidarität im Kampf gegen den Kapitalismus, ihre eigene Herrschaft in Frage stellen und gefährden würde. Im Gegensatz zur Bürokratie des deformierten Arbeiterstaates, würde sich eine wirkliche Räteherrschaft, eine revolutionäre Kommunistische Partei, an die Arbeiter und unterdrückten Massen der ganzen Welt wenden, um ihre Unterstützung und Solidarität zu erlangen. Greuelmärchen über die Diktatur des Proletariats sind nichts Neues. In der jungen Sowjetunion wurden nach dem Willen der damaligen bürgerlichen und sozialdemokratischen Hetzer z.B. die Frauen 'verstaatlicht'. Aber diese Hetze konnte in der Arbeiterklasse Europas nur deswegen geringen Widerhall finden, weil die Regierung der Sowjetunion unter Lenin und Trotzki, jede Geheimpolitik ablehnte, sich offen und über die Köpfe der bürgerlichen Regierungen hinweg, an die Werktätigen wandte, weil nur diese der Garant für das Überleben des jungen Sowjetstaates waren und nicht irgendwelche Geheimverträge mit dem Imperialismus.

Grundsätzlich anders ist die Außenpolitik



VIETNAMESISCHE PANZEREINHEITEN

des deformierten Arbeiterstaates, die auf einer Ebene durch Geheimverhandlungen den Status Quo mit dem Imperialismus erhalten soll (was der Machtübernahme in bestimmten Situationen keineswegs widerspricht) - wir erinnern nur an die Geheimverhandlungen Nordvietnams und der FNL mit Kissinger in Paris - und auf der zweiten Ebene durch die Förderung des Nationalismus im eigenen Land die Herrschaft der Bürokratie stabilisiert. So sind Grenzkonflikte zwischen deformierten Arbeiterstaaten keinesfalls etwas außergewöhnliches. Nach dem 2. Weltkrieg kam es zwischen Polen und der CSSR, Ungarn und Rumänien zu Konflikten, die freilich nie bewaffneten Charakter annahmen. Das verhinderte schon die Anwesenheit der Roten Armee. Treffendstes Beispiel für das Überleben, besser gesagt, das Erhalten des Nationalismus in den deformierten Arbeiterstaaten, ist schließlich Jugoslawien, wo die verschiedenen Nationalismen von den tatsächlichen Problemen der Arbeiterklasse und der Bauern - wie der großen Arbeitslosigkeit - ablenken sollen.

Wenn wir also über die Entwicklung Indochinas seit dem Sieg über den US-Imperialismus so wenig wissen, dann ist das ein trauriges Verdienst, der dort nun herrschenden Bürokratien.

ÖKONOMISCHE INTERESSEN DES US-IMPERIALISMUS

Vor der Küste Kambodschas liegen eine Reihe von Inseln, die praktisch auf einem Ölteppich schwimmen. Schon der 1970 erfolgte Einmarsch des US-Imperialismus hatte das Ziel, dieses Öl zu sichern. Bürgerliche Kommentatoren, die versuchen, über das Niveau vom "Blutregime der Roten Khmer" und dem "vietnamesischen Imperialismus" hinauszukommen, sehen darin auch einen Grund für die bewaffneten Auseinandersetzungen, deren genauer Verlauf kaum genau zu verfolgen ist, dermaßen widersprüchlich sind die Meldungen. Tatsache ist, daß das Regime in Kambodscha der VR-China näher steht, als der Sowjetunion, was nicht weiter verwundert, wenn man weiß, daß der Kreml die Marionette Lon Nol bis zum Schluß unterstützte. Vietnam wieder weigerte sich schon einige Male, in die chinesische Verdammung der Sowjetbürokratie einzustimmen und dürfte auch sonst dem Kreml näher stehen (Waffenlieferungen während des Krieges, Wiederaufbau...). Eine der möglichen Ursachen der bewaffneten Auseinandersetzungen könnte nun darin zu sehen sein, daß der US-Imperialismus - mit chinesischer 'Vermittlung' - an den Ölreichtum gelangen will. Der militärische Stoß der Vietnamesen zielte auch genau in die Richtung der Inseln und könnte die Aufgabe haben, eine Ausbeutung des Reichtums durch den US-Imperialismus (wobei klar sein dürfte, daß dies nicht unter offener amerikanischer Flagge geschehen wird) zu verhindern. Insoferne findet auch der chinesisch/sowjetische Konflikt hier seinen Niederschlag.

NICHTS GELERNT?

Ein wesentlicher Differenzpunkt zwischen dem 'Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale' und anderen Gruppierungen, die sich auf den Trotzkismus berufen (wir wollen hier auf eine nähere Bewertung dieser Strömungen verzichten), war jahrelang die Einschätzung der indochinesischen Revolution, des Klassencharakters der FNL, der des Regimes im Norden Vietnams usw. Spätestens die bewaffneten Auseinandersetzungen sollten Gelegenheit sein, eine kurze Bilanz zu ziehen. Als Beispiel für die heutige Position des VS nehmen wir einen Artikel der 'rotfront' (Zeitung der GRM, österreichische Sektion des VS), vom Jänner 1978 ('Vietnam-Kambodscha: Warum dieser Krieg?'), was umso zulässiger ist, wurde doch dieser Artikel nach Vorlagen von P. Rousset geschrieben, einem Indochina-Experten des VS.

Wenn man nun, nach all den Jahren der Auseinandersetzung in einer Zeitung des VS vom 'Stalinismus in Indochina' liest, von der 'Bürokratisierung' usw., könnte man leicht in Versuchung kommen und ältere Zeitungen und Thesen heraussuchen, in denen genau das Gegenteil behauptet wird. Jedes ernsthafte Mitglied des VS weiß zu genau, daß Mandel, Rousset, Frank usw. den Standpunkt vertraten, daß man in Indochina keineswegs von Stalinismus sprechen könne, da die Befreiungsbewegungen und Nordvietnam nicht den Status Quo mit dem Imperialismus suchen (wie vergleichsweise die UdSSR), sondern militärisch um ihre Befreiung kämpfen würden. Wir können uns doch nicht verkneifen, ein - zugegebenermaßen - recht starkes Beispiel für die frühere Stimmung im VS zu bringen. Die Schweizer Sektion gab in den Jahren des 'Onkel-Ho-Rausches' eine Broschüre heraus, in der wir lesen können: "Diese Tendenz (gemeint ist die Führung des Vietkong) hat eine enorme Bedeutung für die Entfaltung der indochinesischen Revolution und der Weltrevolution. Sie erhellt die düsteren Winkelzüge des stalinistischen Dogmatismus und kann mittelfristig zur Schaffung eines konkreten Bezugspunktes für alle Revolutionäre der Welt führen".

Wer weiß schon, was die Schweizer unter 'mittelfristig' verstehen...

Heute hingegen lamentiert die 'rotfront':

"Wesentliche Merkmale stalinistischer Politik sind aber erhalten geblieben:
+ Eine bürokratische Beherrschung der Massen an Stelle sozialistischer Demokratie
+ und damit verbunden eine weitgehende Preisgabe des proletarischen Internationalismus, die in der Formel vom 'Sozialismus in einem Land' ihren theoretischen Ausdruck gefunden hat".

Es geht nun nicht darum, vor Freude hüpfend (dazu ist der Gegenstand zu ernst) zu verkünden: 'Die sind wieder einmal auf die Seife gestiegen'! Vielmehr geht es darum, zu betonen, daß alle jene, die schon vor Jahren die Ansicht vertraten, daß der politische Charakter der vietnamesischen Führung keine andere Entwicklung als die zu einem deformierten Arbeiterstaat zulassen würde, genau vom VS großmäulig als 'Dogmatiker' und 'Sektierer' verteufelt wurden! Wesentlich ist nun nicht die falsche Prognose an sich, sondern ihre Grundlage, die die falsche Position des VS zum Stalinismus ist.

Doch es besteht nach der Lektüre des 'rotfront'-Artikels wenig Grund zur Annahme, daß die Fehler des VS korrigiert werden. Der Artikel nimmt eindeutig kritische Position für Vietnam und als Gipfel der Ignoranz kann man es nur bezeichnen, wenn die 'rotfront' bürgerliche Greuelpropaganda gegen Kambodscha einfach übernimmt.

"Die unglaubliche Brutalität gegenüber der Bevölkerung von Seiten des Regimes, die sich unter anderem in den wahnwitzigen Umsiedelungsaktionen niedergeschlagen hat, muß als Folge dieser ökonomischen und politischen Orientierung begriffen werden. Ihr ideologischer Zement ist ein Nationalismus übelster Art, ja sogar ein antivietnamesischer Rassismus... Daß eine derartige chauvinistische Politik schließlich in den Krieg mündet, erscheint plausibel".

Unsere Kritik setzt hier an zwei Stellen an. Erstens versucht die GRM eine Erklärung der bewaffneten Auseinandersetzungen zu liefern und tut dies recht einfach, indem sie das Regime in Kambodscha zum 'Belzebuben' erklärt. Stalinistisch sei ja auch die Führung in Vietnam, wird mit Zähneknirschen festgestellt, aber die in Kambodscha sei noch viel, viel schlimmer... und sogar rassistisch... Wir stellen allerdings die Frage: Wo liegen die Grundlagen, wo ist die Ursache für diesen angeblichen Rassismus und Nationalismus gegenüber Vietnam? Warum hat das Regime in Kambodscha "diesen Weg" gewählt? Das alles erklärt der 'rotfront'-Artikel, der sich immerhin einen hohen Anspruch stellt, nicht im geringsten. Ohne aber genau diese Fragen zu beantworten, bleibt die Feststellung, daß Kambodscha 'schlimmer' sei, willkürlich, und läßt sich eher aus der langjährigen Sympathie des VS für die vietnamesische KP erklären. Geradezu unglaublich ist aber, zweitens, die einfache Übernahme der bürgerlichen Greuelpropaganda. Die Sache mit den Umsiedelungsaktionen läßt sich recht einfach und simpel erklären. Im Laufe des Krieges (vor allem durch die brutale 'Verbrannte Erde'-Politik des Marionetten-Regimes) strömte die Landbevölkerung nach Pnom-Penh. Nach der Zerschlagung des Regimes drohte die Reisernte 'in die Binsen' zu gehen und die Felder zu verrotten. Deshalb die Umsiedelungsaktionen. Was daran "wahnwitzig" ist, überlassen wir gerne der Beurteilung des VS. Von der angeblichen 'Grausamkeit' des Regimes in Kambodscha berichten ausschließlich die westlichen Geheimdienste und als 'Zeugnis' dafür werden immer dieselben Fotos vorgelegt, aus denen aber bloß hervorgeht, daß jemand hingerichtet wird (wenn man an die unvorstellbaren Grausamkeiten denkt, welche die Truppen des Marionetten-Regimes verübten, kann man tausende Hinrichtungen von ehemaligen Landsknechten nur begrüßen) und daß einige Leichen auf der Erde liegen. Ob diese Menschen nur durch einen niederstürzenden Baumstamm zu Tode kamen, oder nicht, läßt sich von diesen Fotos beim besten Willen nicht erklären.

Nicht ernst gemeint kann auch der Hinweis sein, nach dem Pol Pot die vietnamesischen Führer mit Hitler verglichen hätte und mit dem der chauvinistische Charakter des Kambodscha-Regimes 'bewiesen' sein soll (jedenfalls chauvinistischer als Vietnam). Derartige Äußerungen gehören fast schon zum alltäglichen Vokabular der chinesischen Bürokratie gegen den Kreml. Aber ist deswegen die chinesische Bürokratie chauvinistischer als ihr Moskauer Gegenstück? Und auch die angebotenen Verhandlungen von Seiten Vietnams beweisen allein noch gar nichts. Mit tausenden Soldaten im Gebiet des Gegners 'verhandelt' es sich bekanntermaßen recht angenehm.

DIE ZUKUNFT INDOCHINAS

Die bewaffneten Zusammenstöße - so wenig wir auch über ihre eigentlichen Grundlagen und über ihren genauen Verlauf sagen können - haben unsere Aussage bezüglich der indochinesischen Revolution auf drastische Art und Weise bestätigt. Die Befreiungsbewegungen in Vietnam, Kambodscha und Laos waren zwar imstande, den Imperialismus zu besiegen und ökonomische Grundlagen für eine nichtkapitalistische Entwicklung Indochinas zu legen, aber sie sind dennoch in ihrer Politik nach Innen und Außen Unterdrückerregimes. Was immer die bewaffneten Kämpfe für Grundlagen haben mögen - diese Regimes sind die Basis dafür und solange sie bestehen, wird es immer wieder zu derartigen Ereignissen kommen, die die Unzufriedenheit der Massen auf einen Außenfeind lenken sollen.

Die Zukunft der Arbeiter und Bauern Indochinas kann nur im Sturz der Bürokratie liegen und in der Errichtung der indochinesischen Räterepublik! Die Niederringung des Imperialismus war nur der erste Schritt zu dieser Zukunft, die Revolution gegen die Bürokratie, die Überwindung des Nationalismus wird der zweite dazu sein!



„DDR-Manifest": Opposition oder obskur ?

Anfang des Jahres hat 'Der Spiegel' das sogenannte "Manifest der ersten organisierten Opposition in der DDR" veröffentlicht. Einmal abgesehen davon, daß es schon in früheren Jahren "organisierte Opposition" gab, z.T. streng konspirativ, z.T. offen, innerhalb und außerhalb der SED, mit bürgerlichem (religiösem) oder sozialistischem Selbstverständnis, so haben wir doch ernsthafte Zweifel an der Echtheit dieses Dokuments. Nicht deshalb, weil sich die Verfasser nicht öffentlich zu erkennen geben, wie die selbst so feige bürgerliche Presse jammert. Eine Opposition in der DDR hätte selbstverständlich das Recht ihre Genossen durch Konspiration zu schützen, aber die Art der Erscheinung, der Stil, vor allem jedoch der Inhalt des Manifests nähren unsere Zweifel. Daneben fällt auf, daß der 'spiegel' meist die Verfasser als mittlere und höhere SED-Funktionäre bezeichnet, also in der Regel hauptamtliche Funktionäre, zum anderen aber der Spiegel-Verlagsdirektor H.D. Becker die Verfasser als "Personen mit ehrenamtlichen Aufgaben für die 'DDR'-Einheitspartei" beschreibt ('Die Welt' vom 5.1.1978).

Entscheidend ist jedoch der Inhalt des Manifests. Es handelt sich hier um ein derart konfuses Gebräu, um eine Ansammlung von Floskeln, daß selbst der bürgerlichen Presse auffiel, daß im Manifest "für jeden 'was' drin" ist. Aber letztlich bleiben nur zwei Möglichkeiten, und wir wollen die Spekulationen nicht weiter treiben: Entweder das Manifest stammt aus obskuren Quellen mit zweifelhaften politischen Absichten, oder, wenn es echt sein sollte, bezeugt es einen derartigen theoretischen Tiefstand (von immerhin mittleren und höheren Funktionären) der DDR-Opposition, wie er für uns unvorstellbar war und spätestens seit Bahro auch unentschuldbar ist.

Der Genosse Bahro, an dem wir sicherlich weitgehende Kritik haben (siehe dazu 'spartacus' Nr. 40), hat uns deutlich gemacht, welch hohen theoretischen Maßstab wir heute an eine kommunistische Opposition in der DDR anlegen dürfen und müssen - und der Vergleich zwischen Bahros Thesen und dem Manifest, ist für die Verfasser des Manifests vernichtend.

Bahros Buch ist in erster Linie deshalb ein so großer Fortschritt, weil er in dem Willen die stalinistisch-bürokratische Herrschaft zu stürzen, weder bürgerlich-parlamentarischen Illusionen aufsitzt, noch die Reformierung der entsprechenden stalinistischen Kopie, des (Selbst)-Repräsentativsystems (Volkskammer) erstrebt, sondern die einzig konsequente Form der Arbeiterdemokratie, den Staat vom Typus Kommune will. Bahro will den bürgerlichen Staatsapparat und seine stalinistische Karrikatur zertrümmern, während die Verfasser des Manifests uns den alten bürgerlichen Plunder wieder auftischen wollen, den Bahro vom Tisch gefegt hat.

Das Manifest ist jedoch insofern ernst zu nehmen, als es - egal ob eine Fälschung oder nicht - in verzerrter Weise der Stimmungslage breiterer Teile der DDR-Bevölkerung entsprechen muß. Die Tatsache, daß es so geschrieben werden kann und/oder die Hoffnung, daß so etwas in der DDR "ankommt" ist dafür Beweis genug. Deshalb wollen wir hier trotz allem unsere Kritik an diesem Manifest kurz nennen.

Auffällig ist die Verwirrung über den Charakter der DDR und UdSSR. In dem Dokument wird deren Herrschaftsform wie folgt beschrieben: "pseudosozialistischer Spätkapitalismus" mit einem "reaktionären politbürokratischen Überbau", "Staatskapitalismus", "imperialistische Supermacht" (SU), "rote Päpste im Kreml", "Stalinismus und Faschismus sind ...Zwillinge", "neofaschistischer Typ der sowjetischen Machthaber", "parasitäre Bürokratenkaste"..."die sich den größten Teil des Mehrwerts aneignet", "...russische Feudalgesellschaft unserer Tage", "herrschende Klasse", die "DDR ist der Abklatsch einer 16. Unionsrepublik", "reaktionäre Feudalordnung", "...vor-zaristische Zustände", "Sekretärs-Diktatur" und schließlich "kommunistisches Feudalsystem".

Die Sammlung ist so erstaunlich, wie sie theoretisch schwachsinnig ist. Um nicht mißverstanden zu werden; natürlich können und werden bei einer Polemik oft Begriffe gebraucht, die zur Verdeutlichung eines bestimmten Aspekts, eines Problems überspitzt sind, aber von einem Manifest, das immerhin dem Ziel dient "...nach der Diskussion zu einem Programm und Statut verdichtet (zu) werden" muß man verlangen, daß wenigstens kurz wissenschaftlich exakt der Klassencharakter und die politische Herrschaftsform der entsprechenden Gesellschaft gekenntzeichnet werden, oder sollen wir aus der zitierten Sammlung vielleicht entnehmen, daß in der DDR und UdSSR eine "feudalistisch-staatskapitalistische Bürokratenkaste faschistisch-vorzaristischer Ausprägung" herrscht?



HONECKER

Ohne dies hier weiter entwickeln zu wollen (dies ist in den Publikationen unserer Organisation oft genug geschehen) handelt es sich bei der DDR und UdSSR um bürokratisch deformierte Arbeiterstaaten (ebenso wie z.B. auch Jugoslawien, Kuba, VR-China etc.), d.h. wesentliche soziale Grundlagen eines Arbeiterstaates, wie zentrale Planwirtschaft, Außenhandelsmonopol, weitgehende Verstaatlichung der Wirtschaft etc. sind, wenn auch stark deformiert, vorhanden, die Arbeiterklasse ist jedoch politisch entmachtet und wird von der herrschenden stalinistischen Bürokratie unterdrückt.

Nebenbei bemerkt bekommt in dem Dokument die berechtigte Kritik an der nationalen Unterdrückungspolitik der UdSSR einen anti-russischen, chauvinistischen Einschlag.

Entsprechend der Verwirrung des Manifests in der Staatsfrage sind dann auch die Alternativforderungen. Uns ist natürlich klar, daß der reaktionäre Charakter des Stalinismus auch darin besteht, daß seine Unterdrükkungsmethoden schon überwundene bürgerlich-demokratische Illusionen wiedererweckt. Diese demokratischen Illusionen in der Arbeiterklasse kann man nicht ultimatistisch verdammen, sondern man muß versuchen, sie in die richtige Klassenform zu gießen, d.h. in die Perspektive der Arbeiterdemokratie (Rätedemokratie) einzubetten. Die Verfasser des Manifests jedoch bewegen sich gewollt oder ungewollt in bürgerlich-demokratischen Vorstellungen, und das obwohl es ihr Ziel ist "...in ganz Deutschland auf eine demokratisch-kommunistische Ordnung hinzuwirken". Aber schon der Hinweis auf die Herstellung der Menschenrechte bleibt theoretisch unklar.



MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT IN OST-BERLIN

Der Sozialismus verwirklicht nämlich keineswegs die, letztlich bürgerlichen, Menschenrechte, oder besser: er verwirklicht sie nur indem er sie aufhebt, indem er die abstrakten Fiktionen vom "Recht" und vom "Menschen" aus den ideologischen Wolken auf den Boden der Wirklichkeit zurückholt, auf den Boden der Klassengesellschaft: aus der bürgerlichen formalen Gleichheit vor dem Gesetz wird die soziale Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder, aus der Freiheit zur Ausbeutung für die Bourgeoisie und der "Freiheit" des Proletariats von den Produktionsmitteln wird die freie Assoziation der Produzenten, alle Fesseln die der freien Entfaltung der Individuen hinderlich sind, werden Stück für Stück abgestreift, das ist für uns Marxisten Freiheit; die Brüderlich-



HARICH - EINST IN DER OPPOSITION, HAT SICH MIT DEM REGIME 'AUSGESÖHNT'

keit, unter welchem Deckmantel die Bourgeoisie ihre bornierten Klasseninteressen als "allgemein-menschliche" Anliegen verkauft, wird ersetzt durch die Solidarität der Werktätigen, eine Solidarität des Kampfes bis zur völligen Niederwerfung der Bourgeoisie, d.h. bis schließlich diese letzte Klassensolidarität der Aufhebung der Klassen einer wirklich umfassenden menschlichen Solidarität Platz machen muß. Dies ist unser marxistisches Konzept für die "Herstellung der Menschenrechte", ein Konzept, das letztlich nur gegen die bürgerlichen Menschenrechte zu verwirklichen ist.

Im Manifest liegt hier nicht etwa nur eine nachlässige Formulierung vor, sondern dem liegt ein bürgerliches Programm zugrunde. Die Forderungen sind unter anderem Parteienpluralismus, unabhängiges (?) Parlament, unabhängiger oberster Gerichtshof.

Geradezu haarsträubend und die Tatsache, daß in der DDR und BRD unterschiedliche Produktionsverhältnisse herrschen, vernachlässigend, sind die Forderungen zur Wiedervereinigung Deutschlands. Hinter der Aussage des Manifests, daß "...die nationale Komponente langlebiger als die soziale ist", steht nicht etwa die richtige Auffassung, daß die nationale Frage in Deutschland trotz der langen Spaltung in zwei unterschiedliche Gesellschaftssysteme nicht gelöst ist (und unserer Meinung nach nur im Rahmen einer internationalen sozialistischen Revolution gelöst werden kann), sondern daß die Wiedervereinigung Deutschlands um jeden Preis, und sei es um den einer kapitalistischen Restauration in der DDR erreicht werden muß. Wiedervereinigung heißt für das Manifest Einordnung der DDR in das bürgerlich-kapitalistische Weltsystem. Da wird z.B. gefordert: Assoziierung der DDR mit der (ja wohl kapitalistischen) EWG, Mitgliedschaft im Gatt und Zusammenarbeit mit der Weltbank, also jenen Institutionen des Imperialismus, die zu seiner eigenen Organisierung und zur Ausplünderung der "Dritten Welt" dienen, Konvertierbarkeit der DDR-Mark, "großzügige (!?) Kooperationsbeziehungen zwischen westdeutschen Handelskonzernen...und Konsumorganisationen der DDR" usw. Das ganze wird dann auf politisch-institutioneller Ebene mit bürgerlichem Schrott kombiniert, mit Konstituierung einer Nationalversammlung, stufenweiser Rechtsangleichung etc.

Die Wiedervereinigung Deutschlands kann auch nicht mit dem Rekurs auf Marx begründet werden, als dieser 1848 dafür kämpfte, daß ganz Deutschland zur "einigen unteilbaren Republik" erklärt wird. Dies bedeutete damals die Erkämpfung der bürgerlich-demokratischen Revolution, die Beseitigung des ganzen feudalen Plunders und der Kleinstaaterei. Heute jedoch für die Wiedervereinigung zu kämpfen, ist für Marxisten nur unter sozialistischen Vorzeichen möglich, d.h. zu kämpfen für ein vereinigtes sozialistisches Rätedeutschland. Das bedeutet, in Westdeutschland muß die soziale Revolution die Bourgeoisie beseitigen, in der DDR muß die politische Revolution die herrschende stalinistische Bürokratie stürzen.

Verschiedene Punkte des Manifests, wie die illusionäre Forderung nach totaler Abrüstung, eurokommunistische Illusionen, ein zweifelhafter Traditionsbezug und eine völlig verfehlte Leninkritik wollen wir hier ausklammern, um noch auf das wichtige Kapitel IV "Zur inneren Situation der DDR" einzugehen. Dieses Kapitel ist vielleicht noch das beste im Manifest. Auf der Erscheinungsebene werden hier die bekannten Mißstände stalinistischer Herrschaftsform beschrieben. Zumeist verliert man sich jedoch in polemischen Aufzählungen, ohne über die beschreibende Ebene zur analytischen Vertiefung und Zusammenfassung hinauszukommen. Immerhin, in diesem Kapitel werden einige korrekte Forderungen erhoben, wie z.B. Streichung aller Privilegien der Funktionäre, Abschaffung der Zensur, 35-Stunden-Woche, Angleichung der Lohndifferenzen, Offenlegung der Parteifinanzen, Abbau des (überflüssigen) Verwaltungsapparates, Herabsetzung des Rentenalters, Streichung der Ausgaben für den Leistungssport etc. In dem Augenblick wo das Manifest genau auf die Planwirtschaft eingeht, weicht es jedoch dem zentralen Problem aus, nämlich: wer soll wie den Plan machen? Solange nicht klar gesagt wird, daß allein die Werktätigen in betrieblichen (Fabrikkomitees) und überbetrieblichen (lokal, regional und letztlich national) zusammengefassten Arbeiterräten den Plan beraten, beschliessen und durchführen, müssen sich Verbesserungsvorschläge zur Planwirtschaft theoretisch immer auf technokratischer Ebene bewegen und praktisch scheitern. Sozialistische Planwirtschaft basiert auf der Identität von Entscheidung und Ausführung, die Arbeiterklasse ist Subjekt und Objekt des Plans. Beschliessen jedoch die Einen (die herrschende Bürokratie) und die Anderen (die Werktätigen) führen aus, so können Pläne nie optimal im Sinne gesamtgesellschaftlicher Interessen funktionieren, partikulare, bürokratische überlagern die gesamtgesellschaftlichen Interessen. Das Manifest gibt zu diesem Kernpunkt der Arbeiterdemokratie keine Antwort. Und daneben fällt ein etwas apologetischer Umgang mit dem Wertgesetz auf. Das Manifest fordert "mit realen Preisen real zu planen" und das Wertgesetz zu nutzen. Ohne hier auf das gegenwärtige System der Preissubvention der DDR eingehen zu können, so muß doch unserer Meinung nach die Kritik in Bezug auf das Wertgesetz in ein andere Richtung gehen. Die Kategorien der marxistischen politischen Ökonomie sind historisch bestimmt, d.h. im strengen Sinn nur anwendbar zur Untersuchung der kapitalistischen Gesellschaft. In einer Übergangsgesellschaft wie der DDR kann weder von der "Ungültigkeit" des Wertgesetzes noch von dessen voller Wirksamkeit die Rede sein. Es stoßen hier auf der Ebene der Ökonomie zwei Gesellschaftssysteme aufeinander, sozialistische Planwirtschaft und Wertgesetz/Markt schließen langfristig einander aus. Gelingt es den Übergangsgesellschaften nicht das Absterben der Warenkategorien energisch voranzutreiben, zunehmend das Wertgesetz durch die "Ökonomie der Zeit" als Gradmesser der sozialistischen Planwirtschaft zu ersetzen, so löst sich schon allein auf dieser Ebene die Vorstellung vom Kommunismus in Illusionen auf. Dies muß von einem programmatischen Manifest zuerst festgestellt werden, ehe man den Planungstechnokraten berechtigt oder unberechtigt Blindheit gegenüber dem Wertgesetz vorwirft.

Zusammengefaßt: Ist das Manifest eine Fälschung, so ist es eine plumpe Fälschung, sollte es sich wider Erwarten als echt herausstellen, so wäre dies eine große Enttäuschung. Der kühnen "wissenschaftlichen Utopie" eines Rudolf Bahro folgte ein kleinbürgerlich-verspinnertes Flickwerk.







Bestellungen an:

IKL, 1o1o Wien, Postfach 1454